Drucksache Abteilung III
Nr. 49

Ausgegeben am 27 Dezember 1948

Stenographischer Bericht

über die

49. Sitzung

Wiesbaden, 3. November 1948, 9 Uhr

Tagesordnung: Seite

1. **Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs:** 1746
a) des Präsidenten und Vizepräsidenten,
b) des Landesanwalts und stellvertretenden Landesanwalts,
c) der Mitglieder des Staatsgerichtshofs durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs
Vollzogen *Seite* 1746

2. **Wahl von fünf Abgeordneten in den Rundfunkrat** 1746
Abgesetzt *Seite* 1746

3. **Zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlages zu den Verwaltungs- und sonstigen Gebühren außerhalb des Justizkostenwesens (Gebührenzuschlagsgesetz)**
— Drucksache Abt. I Nr. 961, Abt. II Nr. 491 — 1746
Angenommen *Seite* 1754

4. **Zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Änderung der Beiträge zur Rentenversicherung (Invaliden- und Angestelltenversicherung) und zur Arbeitslosenversicherung**
— Drucksache Abt. I Nr. 964 — 1746
Abgesetzt *Seite* 1746

5. **Zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Hinterlegungsordnung vom 10. März 1947 (RGBl. I S. 285)**
— Drucksachen Abt. I Nr. 965, Abt. II Nr. 492 — 1747
Angenommen *Seite* 1755

6. **Zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet des Justizkostenwesens.**
— Drucksachen Abt. I Nr. 966, Abt. II Nr. 493 — 1747
Angenommen *Seite* 1755

7. **Erste Lesung des von den Fraktionen der SPD und CDU eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof**
— Drucksache Abt. I Nr. 968 — 1755
Dem Rechtsausschuß überwiesen *Seite* 1755

Druck von Carl Ritter & Co., Wiesbaden

Seite

8. **Vorlage des Staatsministeriums betreffend Länderabkommen über den „Deutschen Wetterdienst in der US-Zone"**
— Drucksache Abt. I Nr. 940 — 1755
Das Haus stimmt zu *Seite* 1755

9. **Vorlage des Ministers für Kultus und Unterricht und des Ministers für Arbeit und Wohlfahrt zum Landtagsbeschluß vom 11. März 1948 gemäß Drucksache Abt. I Nr. 531, Abt. II Nr. 380, Abt. III Nr. 35 betreffend Jugendhilfsprogramm**
— Drucksache Abt. I Nr. 946 — 1755
Dem Sozialpolitischen Ausschuß zur gemeinsamen Beratung mit dem Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen.
Anschließend wird der Haushaltausschuß damit befaßt *Seite* 1759

10. **Große Anfrage der Fraktion der LDP an den Herrn Minister des Innern betreffend Verwendung der durch die Grenzpolizei sichergestellten Waren**
— Drucksache Abt. I Nr. 847 — 1759
Beantwortet *Seite* 1760

11. **Große Anfrage des Abg. Freidhof (Fraktion der SPD) und Genossen an den Herrn Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten betreffend Fleischversorgung**
— Drucksache Abt. I Nr. 914 — 1761
Beantwortet *Seite* 1762

12. **Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU betreffend Vorlage des Entwurfs einer Bezirksordnung**
— Drucksache Abt. I Nr. 876 — 1765
Dem Kommunalpolitischen Ausschuß überwiesen *Seite* 1765

13. **Antrag der Fraktion der LDP betreffend Schaffung von Heimen für Studierende**
— Drucksache Abt. I Nr. 938 — 1765
Dem Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen *Seite* 1766

14. **Antrag der Fraktion der KPD betreffend Streichung von 70 Prozent der Festkonten anläßlich der Währungsreform**
— Drucksache Abt. I Nr. 939 — 1766
Dem Haushaltausschuß überwiesen *Seite* 1766

15. **Dringlichkeitsantrag der Fraktion der KPD betreffend den ehemaligen Präsidenten des Landesernährungsamtes Dietz**
— Drucksache Abt. I Nr. 948 — 1766
Abgelehnt *Seite* 1771

16. **Antrag der Fraktion der LDP betreffend Aufhebung des Arbeitsverpflichtungsgesetzes vom 26. Juni 1947 (GVBl. 47 S. 69)**
— Drucksache Abt. I Nr. 949 — 1771
Dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen *Seite* 1771

17. **Antrag der Fraktion der KPD betreffend Herabsetzung der Eintrittspreise der hessischen Staatstheater**
— Drucksache Abt. I Nr. 950 — 1771
Dem Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen *Seite* 1772

18. **Antrag der Fraktion der LDP betreffend Kb-Leistungsgesetz**
— Drucksache Abt. I Nr. 954 — 1772
Dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen *Seite* 1772

19. **Petitionen** 1772
Im Sinne der Ausschußberichte erledigt *Seite* 1772

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Stock, Minister des Innern Zinnkann, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Stein, Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten Lorberg, Minister für Arbeit und Wohlfahrt Arndgen Ministerialdirektor Dr. Gase, Ministerialdirektor Dr. Canter, Ministerialrat Dr. Köhler, Ministerialrat Dr. Kühn, Oberregierungsrat Dr. Kleberg, Regierungsrat Dr. Lang, Justitiar Dr. Ebersbach, Dr. Krauss, Dr. Häbich

---

Rednerverzeichnis:

Präsident Witte 1746, 1747, 1753, 1754, 1755, 1757, 1760

I. Vizepräsident Dr. Raabe 1768, 1769, 1771, 1772

II. Vizepräsident Kredel 1748, 1749, 1750, 1758, 1759, 1761, 1765, 1766, 1767

Abg. Appelmann 1755
Abg. Bleek 1770
Abg. Bodenbender 1771
Abg. Fisch 1758, 1769
Abg. Freidhof 1761
Abg. Gaul 1766
Abg. Göbel-Ffm. 1757, 1772
Abg. Dr. Ilau 1759
Abg. Keil 1766
Abg. Krüger 1756, 1771
Abg. Landgrebe 1747
Abg. Lux 1747
Abg. Frau Pitz 1756
Abg. Dr. Raabe 1746, 1748, 1754, 1755
Abg. Dr. Steinmetz 1769
Abg. Dr. Wagenbach 1765
Abg. Wagner 1750, 1753, 1768
Abg. Willmann 1749, 1766

Ministerpräsident Stock 1753
Minister des Innern Zinnkann 1760
Minister für Kultus und Unterricht Dr. Stein 1771
Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten Lorberg 1762
Professor Drath (Landespersonalamt) 1767

(Eröffnung der Sitzung 9,19 Uhr)

Präsident Witte:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 49. Plenarsitzung des Hessischen Landtags und heiße neben den Mitgliedern des Hauses auch die Mitglieder des Staatsgerichtshofes, den Herrn Landesanwalt und seinen Stellvertreter willkommen.

An amtlichen Mitteilungen habe ich zunächst bekanntzugeben, daß sich für die heutige Sitzung, teils aus dienstlichen Gründen, teils wegen Krankheit, entschuldigt haben die Herren Abgeordneten Rupp, Helfrich, Frau Abg. Spangenberg, Abg. Dr. Hammer, Abg. Apel, Frau Abg. Moritz und Abg. Carlebach. Ich höre aus dem Hause keinen Einspruch; der Urlaub gilt als genehmigt.

Wir kommen zu **Punkt 1** der Tagesordnung:

Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs

a) des Präsidenten und Vizepräsidenten

b) des Landesanwalts und stellvertretenden Landesanwalts

c) der Mitglieder des Staatsgerichtshofs durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs

Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, auf Grund des Gesetzes über den Staatsgerichtshof den Herrn Präsidenten und den Herrn Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs sowie den Herrn Landesanwalt und den Herrn stellvertretenden Landesanwalt vor dem Landtag zu vereidigen. Im Artikel 131 der Hessischen Verfassung heißt es:

„Der Staatsgerichtshof entscheidet über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze, die Verletzung der Grunderechte, bei Anfechtung des Ergebnisses einer Volksabstimmung, über Verfassungsstreitigkeiten sowie in den in der Verfassung und den Gesetzen vorgesehenen Fällen. — — —

Das Gesetz bestimmt, in welchen Fällen und unter welchen Voraussetzungen jedermann das Recht hat, den Staatsgerichtshof anzurufen."

Es heißt in Artikel 132 der Verfassung:

„Nur der Staatsgerichtshof trifft die Entscheidung darüber, ob ein Gesetz oder eine Rechtsverordnung mit der Verfassung in Widerspruch steht."

Es ist eine große Aufgabe, die die Mitglieder des Staatsgerichtshofes zu erfüllen haben. Der Landtag hat in seiner letzten Plenarsitzung diese Wahl vollzogen. Heute sind die Herren hier versammelt, und ich habe nun die Ehre, sie zu vereidigen.

Ich bitte den Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Landgerichtspräsident Dr. Karl Lehr, mir den Eid nachzusprechen: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will. So wahr mir Gott helfe."

Ich bitte den stellvertretenden Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Dr. Ludwig Engel, gemäß § 9 Absatz 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vom 12. Dezember 1947 vor dem Landtag den Eid abzulegen und mir nachzusprechen: „Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will."

Ich bitte den Landesanwalt, Herrn Ministerialrat Dr. Arndt, gemäß § 10 Absatz 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vom 12. Dezember 1947 den Eid vor dem Landtag abzulegen: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will. So wahr mir Gott helfe."

Ich bitte auch den stellvertretenden Landesanwalt, Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Georg Heymann gemäß § 10 Absatz 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof den Eid vor dem Landtag abzulegen: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will. So wahr mir Gott helfe."

(Die Herren Dr. Lehr, Dr. Engel, Dr. Arndt und Dr. Heymann sprechen die Eidesformel nach.)

Ich danke Ihnen und bitte nunmehr den Herrn Präsidenten des Staatsgerichtshofes, die Vereidigung der übrigen Mitglieder des Staatsgerichtshofes vorzunehmen.

(Präsident Dr. Lehr vereidigt hierauf die folgenden Mitglieder des Staatsgerichtshofes:

Landgerichtsdirektor Dr. Lewinsky, Kassel
Oberlandesgerichtsrat Dr Schröder, Frankfurt/M.
Oberverwaltungsgerichtsrat Fischer, Kassel
Prof. Dr. Düker, Marburg
Rechtsanwalt Dr. Breitbach, Frankfurt/M.
Franz Jos. Fürtwängler, Frankfurt/M.
Amtsgerichtsrat Dr. v. Seethe, Marburg
Amtsgerichtsrat Dr. Nickel, Weilburg
Arthur L. Sellier, Hailer)

Meine Herren! Namens des Hessischen Landtags spreche ich Ihnen zu Ihrer Wahl unsere besten Wünsche aus. Zwölf Jahre lang hat das deutsche Volk erlebt, was Unrecht heißt. Unser ganzes Streben geht darauf hinaus, den Rechtsstaat wieder zu schaffen. Hierbei sollen Sie uns mithelfen.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung auf 30 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung 9,30 Uhr)

(Wiedereröffnung der Sitzung 10,15 Uhr)

Präsident Witte:

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir fahren in der Tagesordnung fort. **Punkt 2:**

Wahl von fünf Abgeordneten in den Rundfunkrat

ist von der Tagesordnung abgesetzt worden. Ich bitte das Haus, davon Kenntnis zu nehmen.

Wir kämen dann zu **Punkt 3** der Tagesordnung.

Abg. **Dr. Raabe** (CDU) — zur Geschäftsordnung —:

Der Haushaltausschuß hat auf Wunsch einer Fraktion beschlossen, den Punkt 4 von der Tagesordnung abzusetzen. Es empfiehlt sich aber, die Punkte 3, 5 und 6 der Tagesordnung zu verbinden. Ich beantrage deshalb, den Punkt 4 von der Tagesordnung abzusetzen und die Punkte 3, 5 und 6 gemeinsam zu behandeln.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Herr Abg. Dr. Raabe hat vorgeschlagen, den **Punkt 4** der Tagesordnung:

Zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Änderung der Beiträge zur Rentenversicherung (Invaliden- und Angestelltenversicherung) und zur Arbeitslosenversicherung

— Drucksache Abt. I Nr. 964 —

abzusetzen und **Punkt 3:**

Zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlags zu den Verwaltungs- und sonstigen Gebühren außerhalb des Justizkostenwesens (Gebührenzuschlagsgesetz)

— Drucksachen Abt. I Nr. 961, Abt. II Nr. 491 —

Punkt 5

Zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Hinterlegungsordnung vom 10. März 1937 (RGBl. I S. 285)

— Drucksachen Abt. I Nr. 965, Abt. II Nr. 492 —

und **Punkt 6**

Zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet des Justizkostenwesens

— Drucksachen Abt. I Nr. 966, Abt. II Nr. 493 —

gemeinsam zu behandeln. Ist das Haus damit einverstanden? Ich höre keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich darf den Berichterstatter, Herrn Abg. Lux, bitten, den Bericht für alle drei Punkte zu erstatten.

Berichterstatter Abg. **Lux**:

Meine Damen und Herren! In der Drucksache Abt. I Nr. 961 legt die Regierung dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, wonach die Verwaltungs- und sonstigen Gebühren neu festgesetzt werden sollen. Bekanntlich werden die Gebühren auf Grund einer Landesgebührenordnung vom Jahre 1936 erhoben. Die Vorlage sieht mit Ausnahme des Wandergewerbes eine 25-prozentige Erhöhung der Gebühren vor. Bei dem Wandergewerbe ist eine Erhöhung um 100 Prozent vorgesehen. Ich verweise darauf, daß die Gebühren für das Wandergewerbe nach der Landesgebührenordnung im Mindestbetrag 2 Mark und im Höchstbetrag 10 Mark betrugen. Diese Gebühren sollen jetzt um 100 Prozent erhöht werden.

Der Ausschuß hat sich mit diesem Gesetzentwurf längere Zeit beschäftigt. Er schlägt dem Landtage vor, dem Absatz 1 des § 1 die folgende abgeänderte Fassung zu geben:

„Zu den Gebühren, welche im Lande Hessen seit dem 1. Oktober 1948 zugunsten einer Staatskasse oder für Auftragshandlungen zugunsten einer anderen öffentlichen Kasse auf Grund der zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes geltenden Bestimmungen fällig werden, wird ein Zuschlag von 25 v. H., zu den Gebühren für Erteilung eines Wandergewerbescheines, eines Ersatzscheines oder für die Ausdehnung eines solchen, ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben."

Die Absätze 2 bis 5 empfiehlt der Haushaltausschuß im Wortlaut der Regierungsvorlage anzunehmen. Der Ausschuß empfiehlt ferner, die §§ 2, 3, 4 und 5 in der Fassung der Regierungsvorlage anzunehmen.

Der Absatz 1 des § 6 soll ebenfalls in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen werden. Für den Absatz 2 wird vom Haushaltausschuß folgender Text vorgeschlagen:

„Soweit bis zur Verkündung des Gesetzes nach dem 1. Oktober 1948 fällig gewordenen Gebühren bereits in Rechnung gestellt, rechtskräftig festgesetzt oder erhoben sind, entfällt die Erhebung des Zuschlages."

Ich darf das Hohe Haus bitten, den Beschlüssen des Haushaltausschusses beizutreten.

Die Regierung schlägt ferner eine Änderung der Hinterlegungsordnung vom 10. März 1937 vor. Sie finden die Vorlage, die nur aus zwei Paragraphen besteht, in den Drucksachen Abt. I unter der Nr. 965.

Der Haushaltausschuß hat sich mit dem Gesetzentwurf beschäftigt und hat ihm zugestimmt. Danach soll in der Hinterlegungsordnung vom 10. März 1937 (RGBl. I S. 85) der § 8 durch folgende Vorschrift ersetzt werden:

„Hinterlegtes Geld wird nicht verzinst."

Lux

Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag, auch diesen Gesetzentwurf anzunehmen.

Die Regierung hat ferner einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sich mit Änderungen auf dem Gebiet des Justizwesens befaßt. Hier handelt es sich um Gebühren, die von seiten der Justizverwaltung erhoben werden.

Der Haushaltausschuß hat sich auch mit diesem Gesetzentwurf beschäftigt. Er empfiehlt, den Gesetzentwurf anzunehmen und zwar mit einer Änderung im § 2. Die Absätze 1 bis 3 bleiben unverändert; es soll ein neuer Absatz 4 hinzugefügt werden folgenden Wortlauts:

„Der § 124 der Kostenordnung tritt außer Kraft."

Im übrigen wurden die neun Paragraphen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Der Haushaltausschuß empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf mit der vom Ausschuß vorgeschlagenen Änderung anzunehmen.

Präsident:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Der Ältestenrat hat sich gestern dahin geeinigt, für diese Punkte der Tagesordnung eine Redezeit von je zehn Minuten festzusetzen. Als erster Redner hat Herr Abg. Landgrebe das Wort.

Abg. **Landgrebe** (LDP):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die drei Vorlagen, über die der Berichterstatter uns soeben berichtet hat, bilden nur einen schmalen Sektor aus dem Tableau, das uns das Finanzministerium zur Regelung der Finanzfragen in Aussicht stellt. Wir von unserer Fraktion können den drei Vorlagen in der Fassung, wie sie von dem Berichterstatter vorgetragen worden ist, unsere Zustimmung geben. Die Gebührenordnung und auch die Justizgebührenordnung gelten nur für eine beschränkte Zeit. Sie sind nur bis zum Ablauf des Etatjahres 1948/49 genehmigt und treten automatisch am 1. April 1949 außer Kraft. Aber im ganzen sind die Gebührenordnungen reformbedürftig. Wir haben aus der Begründung der Vorlagen erfahren, daß die Gebühren in vielen Fällen nicht einmal die Kosten decken, die mit der Erhebung dieser Gebühren verbunden sind. Es bestehen deshalb hinsichtlich dieser drei Vorlagen keine Bedenken.

Die wirklichen und wichtigen Entscheidungen, die der Haushaltausschuß vorerst noch zurückgestellt hat, bis die betreffenden Vorlagen noch einmal im Ausschuß durchberaten sein werden, werden erst zeigen, wie wir endgültig zu dem Tableau des Finanzministeriums stehen. Aber auch bei diesen Vorlagen hat es sich gezeigt, daß es viel leichter ist, eine Gebührenordnung abzulehnen als ihr zuzustimmen.

Meine Damen und Herren! Gleichwohl halten wir es, wenn wir in eine Aussprache über diese Vorlage eintreten, für erforderlich, einige grundsätzliche Bemerkungen zu diesen Vorlagen zu machen. Es ist uns gerade heute morgen ein Brief der Militärregierung an den Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis gebracht worden. Ich habe ihn durchgelesen. Es ist darin die sehr ernste Bemerkung enthalten, daß es unsere Aufgabe ist, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, den Haushalt in jedem Falle auszugleichen. Weiter steht in dem Brief, daß nicht irgendwelche Kredite zum Ausgleich des Haushalts in Anspruch genommen werden dürfen.

Damit stehen wir vor wichtigen Entscheidungen. Denn das, was bisher im Haushaltausschuß besprochen worden ist, wie wir uns die Lösung denken, ist nach meiner Überzeugung in keiner Weise geeignet, einen Ausgleich des gesamten Etats herbeizuführen. Ich glaube, daß wir bei der Schlußabrechnung über das,

Landgrebe

was wir an Einnahmen und Ausgaben vorgesehen haben, um den Haushalt auszubalancieren, feststellen werden, daß nach den neuen Forderungen, die an uns herangetreten sind, kaum ein Überschuß bleibt.

Es muß in den Besprechungen, die wir demnächst im Haushaltausschuß zu führen haben, immer wieder auf die grundsätzlichen Dinge eingegangen werden, die zum Ausgleich dienen können. Vor uns liegen zwei Eisblöcke. Wenn es uns nicht gelingt, diese aufzutauen, dann werden wir den Etat nie in Ordnung bringen.

Ich sage nichts Neues, wenn ich an dieser Stelle noch einmal auf die Besatzungskosten eingehe, die unbedingt eine Änderung erfahren müssen. Meine Damen und Herren! Aus zuverlässigen Quellen sind uns in den letzten Tagen Zahlen bekannt geworden, die einfach unhaltbar sind. Wenn wir 40 Prozent der gesamten Steuern, die in den drei Zonen erhoben werden, das heißt einen Betrag von 5,5 Milliarden Mark, für Besatzungskosten ausgeben, dann ist es auf Grund dieser Tatsache einfach unmöglich, den Haushalt in Ordnung zu bringen. Und wenn in den drei Zonen 650 000 Deutsche als Arbeitskräfte bei den Militärregierungen beschäftigt sind, dann ist das mehr als die gesamte Bergarbeiterschaft in Westdeutschland. Es sind doch wohl Nachprüfungen ernstester Art, auch von seiten der Militärregierung, erforderlich, um eine Herabsetzung der Besatzungslasten durchzuführen. Das ist der eine Eisblock, den ich meine.

Das andere aber ist dies: daß von der Verwaltungsreform zwar immer wieder gesprochen wird, daß aber von seiten der Regierung bis heute in keiner Weise an die Lösung dieser Frage herangetreten worden ist. Obwohl von der Kabinettskommission weitgehende und beachtliche Vorschläge gemacht worden sind, geht heute niemand daran, irgendwie eine Vorlage zu machen, wie wir zu einem Aufgabenabbau und zu einer Verringerung der Ministerien und der gesamten Verwaltung in unserem Lande Hessen kommen können. Wenn das nicht bald geschieht, sehe ich in bezug auf unsere Finanzgebarung sehr schwarz in die Zukunft.

Ich möchte zum Schluß auch von dieser Stelle aus schon jetzt darauf hinweisen, daß das Finanzministerium uns den Haushaltplan für das nächste Jahr so rechtzeitig vorlegt, daß wir mit Beginn des neuen Jahres in die Beratung eintreten können, damit eine sachliche Beratung auf Grund der Reformen, die dann vielleicht durchgeführt worden sind, erfolgen kann, um unseren Haushaltplan endgültig in Ordnung zu bringen.

(Beifall bei der LDP)

II. Vizepräsident **Kredel:**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Raabe.

Abg. **Dr. Raabe** (CDU):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man das Finanzbukett, das der Herr Finanzminister im Auftrag des Kabinetts in der letzten Plenarsitzung vorgetragen hat, die gesamten Vorlagen, die den Haushaltausschuß beschäftigt haben und die drei Punkte der heutigen Tagesordnung, die auf die Staatsfinanzen Bezug haben, im Endergebnis betrachtet, dann ist man doch geneigt, einmal an das Wort, das im alten Rom oft ausgesprochen worden ist, zu denken: Parturiunt montes, nascetur riduculus mus: es kreißen die Berge, und geboren wird ein lächerliches Mäuschen.

Meine Damen und Herren! Die Situation, in der wir uns befinden, ist außerordentlich ernst, und die ganze Verantwortung für unser zukünftiges Staatswesen liegt nicht nur beim Kabinett, sondern auch beim Landtag. Ich kann die gegenwärtige Situation vielleicht als die Stunde der Krisis bezeichnen, in der wir zeigen müssen, ob wir als Volksvertreter den Mut haben, Maßnahmen zu treffen, auch wenn sie nach außen hin unpopulär sind, Abstriche bei den Ausgaben zu machen und Erhöhungen bei den Einnahmen vorzusehen, wenn wir das Staatsganze retten wollen.

(Sehr gut! bei der CDU)

Wir sind uns darüber klar und es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß bei dem augenblicklichen Haushaltplan — er ist ja kein Plan im eigentlichen Sinne, sondern es geht mehr um das Kassenmäßige; es werden die Begriffe des Haushaltplanes und der Liquidität zusammengeworfen — die Einnahmen und Ausgaben sich nicht die Waage halten und von einem ausgeglichenen Haushaltplan, der die Grundlage des Staates sein muß, nicht gesprochen werden kann. Wenn wir in einer solchen Situation stehen, so haben wir allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt wird. Das erfordert die Notwendigkeit, die Währung zu sichern; denn wenn die öffentlichen Haushalte und vor allem der Staatshaushalt — und dasselbe gilt für die Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände — nicht im Gleichgewicht gehalten, wenn sie nicht ausgeglichen werden, dann sind die Voraussetzungen, unsere Währung stabil zu halten, nicht gegeben. Dies ist auch mit aller Deutlichkeit in § 27 des Umstellungsgesetzes zum Ausdruck gebracht. Es ist dem Staat zur Pflicht gemacht worden, dafür zu sorgen, daß der Haushalt ausgeglichen ist, und in den folgenden Paragraphen werden Befugnisse zur Erreichung dieses Zieles gegeben. Es muß erreicht werden, daß der Haushaltplan ausgeglichen wird. Es ist in der Gesetzesbestimmung auch mit aller Deutlichkeit gesagt, daß eine defizitäre Anleihe nicht genehmigt wird, und in dem Schreiben, das uns heute morgen vorgelegt wurde, das der Chef der Militärregierung an den Herrn Ministerpräsidenten gerichtet hat, steht: „Sie, Herr Ministerpräsident, sind gewarnt, und ich gebe Ihnen Gelegenheit, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen." Die Warnung ist, da der Chef der Militärregierung schriftlich nur mit dem Ministerpräsidenten verkehrt, an den Herrn Ministerpräsidenten gerichtet. Diese Mahnung richtet sich aber nicht allein an den Herrn Ministerpräsidenten, sie richtet sich an das ganze Kabinett und auch an uns als die Volksvertreter. Wir sind gewarnt. Haben wir nun den Mut, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen!

Wir wollen nicht verkennen, daß viele unserer Ausgaben zwangsläufag sind, auf deren weitere Ausdehnung wir verhältnismäßig wenig Einfluß haben; vor allem haben wir keinen Einfluß auf das weitere Ansteigen der Wohlfahrtslasten. Aber eines ist sicher: Mit der Währungsreform haben sich die Einnahmen gemindert, allein schon durch die Senkung der Einkommensteuersätze, und dieser Senkung der Einnahmen ist nicht eine entsprechende Senkung der Ausgaben gefolgt. Diese müssen wir herbeiführen. Wir wollen nicht verkennen, daß inzwischen eine Verbesserung auf der Einnahmenseite eingetreten ist, denn die uns jetzt mitgeteilte letzte Zahl der Gesamteinnahmen von 99 Millionen DM im Oktober zeigt ein Ansteigen, wenn auch zu berücksichtigen ist, daß in dieser Zahl der Quartalsabschluß sich auswirkt und diese Zahl nicht die Standardzahl für jeden Monat ist. Aber immerhin, glaube ich, können wir von einer wesentlichen Verbesserung der Einnahmen sprechen. Es ist notwendig, mit allem Nachdruck zu versuchen, die Steuern möglichst in vollem Umfange hereinzuholen. Allerdings wird es in jedem Staat, da man es mit Menschen zu tun hat und Menschen immer Menschen bleiben, räudige Schafe geben. Es wird niemals zu erreichen sein, daß Menschen keine

strafbaren Handlungen begehen, und es wird niemals der Zustand eintreten, daß es niemanden gibt, der Steuern hinterzieht. Es gibt immer wieder einige Sünder, die durch alle Maschen des Gesetzes hindurchschlüpfen. Aber wir müssen zu erreichen suchen, daß die Maschen so eng sind, daß die Zahl der Steuersünder nur ganz gering bleibt. Es gehört zum Wesen der Demokratie, daß der Staat auch Autorität besitzt, um mit allem Nachdruck einzugreifen. Wir wünschen ein energisches Durchgreifen. Vorher mag nochmals eine letzte Gelegenheit zu einer tätigen Reue gegeben werden. Wenn diese Mahnung fruchtlos geblieben ist, soll der Staat mit den schärfsten Maßnahmen durchgreifen, damit die Einnahmenseite wirklich in dem Maße verbessert wird, wie es möglich und notwendig ist.

Andererseits ist es unbedingt erforderlich, auf der Ausgabenseite Sparmaßnahmen herbeizuführen. Ich sagte schon, daß es eine Reihe von Tatbeständen gibt, die in ihren Ausgaben zwangsläufiger Natur sind, zum Beispiel die Ausdehnung der Flüchtlingsfürsorge, das Hinzukommen von Währungsgeschädigten und sonst in Not geratener Menschen. Auf zwei Gebieten aber können wir sparen. Wir haben heute noch 48 000 Bedienstete im Staatswesen, und wir geben monatlich 15 Millionen DM für deren Besoldung aus. Herr Kollege Landgrebe hat bereits darauf hingewiesen und auch den Wunsch geäußert, daß die Frage der Verwaltungsreform vorangetrieben werden möge. Auch meine Freunde bedauern es lebhaft, daß man in der Frage der Verwaltungsreform nicht vorankommt. Ich glaube, wir müssen, wenn wir mit der Reform beginnen, am Kopf anfangen. Jede Reform fängt oben an,

(Sehr richtig! Sehr gut! bei der CDU)

und wir sind der Ansicht, daß man die Zahl der Ministerien auf vier herabsetzen müßte. Diese Zahl ist nach unserer Auffassung ausreichend.

(Zuruf: Und die mittleren Instanzen!)

Wenn wir am Kopf anfangen, wollen wir auch nicht, daß vor dem Landtag Halt gemacht wird. Auch hier halten wir eine Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten im Interesse weiterer Ersparnisse für nötig. Ich hoffe, daß die Beratungen des zur Unterstützung der Landesregierung bei der Durchführung der Sparmaßnahmen eingesetzten Neuner-Ausschusses, die morgen stattfinden, fruchtbar sein werden.

Was wir weiter wünschen, ist, daß wir aus dem Zwiespalt, in den wir durch die Militärregierung einerseits und das Kabinett andererseits gebracht werden, herauskommen. Wenn einerseits das Staatskabinett uns eine Vorlage macht, um auf dem Gebiet des Schulwesens beträchtliche Ersparnisse zu erzielen, die Militärregierung aber nichts anderes tut, als zu erklären, daß das mit den Richtlinien der amerikanischen Politik unvereinbar sei, so sind wir der Meinung, daß derartige Dinge, die wirklich interne Schulangelegenheiten und interne deutsche und hessische Angelegenheiten sind, uns allein überlassen bleiben sollen und uns die Möglichkeit gegeben werde, das Richtige zu treffen.
(Abg. Stieler: Sehr gut! — Sehr richtig! bei der CDU)
Wir wünschen, daß die Besatzungsmacht, genau so wie wir den guten Willen haben und uns der Verantwortung bewußt sind, den Haushalt auszugleichen, die Einnahmen zu erhöhen und die Ausgaben zu senken, auch von sich aus mit gutem Beispiel vorangeht und ihrerseits die Ausgaben senkt; denn das, was heute dem deutschen Volk an Besatzungskosten zugemutet wird, übersteigt alles, was der Dawes-Plan und der Young-Plan bei einer wesentlich besseren Wirtschaftslage dem deutschen Volk einst auferlegt haben.

(Sehr gut! bei der CDU)

Wir sprachen es oft aus, daß diese Lasten schon damals untragbar waren.

An diesen beiden Punkten; bei den Personalkosten und bei den Besatzungskosten muß der Hebel angesetzt werden; hier müssen Ersparnisse erzielt werden. Wir stehen in einer finanziellen Krise. Die bisherigen Mittelchen, die drei Gesetze, die heute auf der Tagesordnung stehen — denen wir selbstverständlich unsere Zustimmung geben, weil sie immerhin eine Einnahmeverbesserung von etwa 750 000 DM bringen —, begrüßen wir, und wir sind gewillt, auf allen diesen Gebieten mitzuarbeiten, weil wir von der Notwendigkeit des Ausgleichs des Staatshaushaltplanes durchdrungen sind. Ich betone nochmals, daß die Verantwortung nicht allein beim Finanzminister liegt, sondern sie liegt beim gesamten Kabinett,

(Abg. Dr. Steinmetz: Sehr richtig!)

und sie liegt nicht zuletzt auch bei den Parteien des Landtags. Zeigen wir, daß wir in dieser Stunde der Prüfung uns bewähren!

(Anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der CDU)

II. Vizepräsident **Kredel:**

Das Wort hat Herr Abg. Willmann.

Abg. **Willmann** (KPD):

Meine Damen und Herren! Ich habe nicht vor, mich in eine große grundsätzliche Finanzdebatte einzulassen. Dafür ist die heute zur Verfügung stehende Zeit zu kurz und das Problem zu umfangreich, um es hier erschöpfend behandeln zu können. Es ist zweifellos für einen Finanzminister und für diejenigen, die für den Ausgleich eines Staatshaushalts verantwortlich sind, heute sehr schwer, diese Aufgabe zu lösen, die durch die Währungsreform mit ihren unsozialen Maßnahmen noch besonders erschwert wurde, was für das Land wie für die Kommunen im gleichen Verhältnis zutrifft. Es ist auch verhältnismäßig leicht, einen solchen Befehl zu erteilen, wie er von seiten der Militärregierung erteilt worden ist, daß eben der Landtag bzw. die Regierung unter allen Umständen für den Ausgleich des Haushalts sorgen müsse. Worauf es für uns in einem solchen Augenblick ankommt, ist, daß die Regierung in erster Linie dafür sorgen muß, dort den Haushaltausgleich zu suchen, wo die wirtschaftlich Stärksten sind, die zum Ausgleich dieses Haushalts am besten herangezogen werden können, weil sie dazu in der Lage sind. Leider finden wir, daß man oft den umgekehrten Weg geht und versucht, die Lasten auf die breiten Massen umzulegen, ohne dabei zu prüfen, wieweit der eine Teil des Volkes in der Lage ist, prozentual den gleichen Anteil aufzubringen wie der andere Teil, weil die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit heute, und zwar heute mehr denn je, sehr unterschiedlich ist. Wir haben in den Haushaltberatungen feststellen können, daß man auch hier den Weg des geringsten Widerstands gegangen ist und daß man versucht hat, uns Vorlagen zu unterbreiten, deren Auswirkungen immer die breite Masse des Volkes trifft, und daß man den wirtschaftlich Starken nicht im gleichen Maße heranzieht, wie den wirtschaftlich Schwachen. Man darf nicht verkennen, daß die Geldreform in ihren unsozialen Auswirkungen nicht nur die Staatskasse getroffen hat, sondern mit ihrer ganzen Last auch das Volk, und zwar den Teil, der wirtschaftlich am schwächsten dasteht. Aus diesem Grunde lehnen wir als Kommunistische Partei es ab, solchen Vorlagen unsere Zustimmung zu geben, die in erster Linie die Volksteile treffen, die durch die Währungsreform ohnehin schon stark getroffen worden sind und die man nicht noch weiter belasten kann.

Willmann

Auch die heutigen Vorlagen machen da keine Ausnahme. Die Verwaltungswege des Staates müssen dem wirtschaftlich Schwächeren genau so wie dem wirtschaftlich Stärkeren offenstehen. Der Staat muß bei der Festsetzung seiner Gebühren auf den wirtschaftlich Schwächeren entsprechende Rücksicht nehmen. Aus diesem Grunde können wir den beiden Vorlagen Drucksachen Abt. I Nr. 961 und 966 nicht zustimmen, weil man darin einfach eine prozentuale Erhöhung vorsieht, die den wirtschaftlich Schwächeren, der den Staat in Anspruch nimmt, weit härter trifft als den wirtschaftlich Stärkeren. Mit der Vorlage Drucksache Abt. I Nr. 965, die die Änderung der Hinterlegungsordnung betrifft, sind wir einverstanden, die beiden anderen Vorlagen, Drucksachen Abt. I Nr. 961 und 966, lehnen wir ab.

Lassen Sie mich bitte noch einige Worte zu den Ausführungen meiner Herren Vorredner sagen. Wir sind schon immer aktive Verfechter einer Verwaltungsreform gewesen und haben es von allem Anfang an abgelehnt, daß man versucht, der Schwierigkeiten Herr zu werden, indem man nur die unteren Ämter auflöst bzw. bei ihrer Auflösung die unteren Bediensteten hinauswirft und die hochbezahlten Angestellten auf irgendeinen anderen Posten setzt, ganz gleich, ob man diesen Posten im Länderrahmen sucht oder im bizonalen Rahmen neu schafft. Das darf man nicht vergessen. Wir sind die eifrigsten Verfechter einer Verwaltungsreform, und wir haben von dieser Stelle aus immer gehört, daß auch die Vertreter der beiden großen Parteien sich für eine solche Verwaltungsreform einsetzen. Ich glaube aber, das Recht, einen Vorwurf zu erheben, daß man auf diesem Gebiet nicht weitergekommen ist, steht in erster Linie uns zu, denn die Regierungsparteien haben zwar von dieser Stelle aus die Verwaltungsreform gefordert, wenn es aber galt, sie in die Tat umzusetzen, dann haben sie immer wieder gesagt: „Der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen, die Dinge sind noch nicht reif." Sie wollten nicht gerne an das glühende Eisen herangehen. Ich verstehe das, denn man sägt nicht gern den Ast eines Baumes an, auf dem man sitzt, denn man kann dabei herunterfallen. Das ist verständlich. Dann darf man aber nicht jede Gelegenheit benutzen, immer eine solche entscheidende Kritik von dieser Stelle aus zu üben, um dort, wo man in der Lage ist, sie in die Tat umzusetzen, einfach zu kapitulieren.

(Sehr richtig! bei der KPD)

Das ist das Entscheidende.

Aus diesem Grunde glauben wir den Vertretern dieser beiden Parteien den Vorwurf machen zu können, daß man eine Irreführung des Volkes begeht, dergestalt, daß man zwar von der Verwaltungsreform redet und ihre Durchführung verspricht, das Versprechen dann aber nicht hält. Es ist erfreulich, die klaren und absolut unmißverständlichen Ausführungen meines Herrn Vorredners zur Kenntnis zu nehmen. Aber es wäre genau so erfreulich, wenn er sagen könnte, ob seine Fraktionskollegen oder die Minister seiner Partei in der Regierung sich mit der gleichen Initiative und Stärke für die Verwirklichung dieser Worte einsetzen würden.

(Abg. Keil: Sehr richtig!)

Es ist wichtiger, dort zu handeln als hier immer solche Worte vom Stapel zu lassen.

Ich fasse zusammen: Wir Kommunisten verkennen nicht, daß es bei der heutigen Misere des Staatshaushalts notwendig ist, Belastungen vielleicht auch auf solche Schultern zu legen, die eigentlich nicht in der Lage sind, noch zusätzliche Belastungen zu tragen. Solange man aber nicht versucht, zunächst diejenigen zu belasten, die die breiteren Schultern haben und die in der Lage sind, solche Belastungen zu tragen, solange lehnen wir es ab, irgendeinem Gesetz oder einer Verordnung zuzustimmen, wodurch die Lasten prozentual auf das ganze Volk umgelegt werden sollen, ohne dabei zu unterscheiden, ob der Kleine in der Lage ist, sie zu tragen oder der Große in der Lage wäre, die doppelte oder die dreifache Last zu tragen. Das bezieht sich auf der einen Seite auf den Steuersektor und auf der anderen Seite auf die Ausgabensenkungen, die Verwaltungsreform und den Abbau der hohen Gehälter. Wir haben schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, daß wir es nicht verstehen können, daß in der heutigen Situation noch so hohe übersetzte Gehälter gezahlt werden, wie es der Fall ist. Man ist leicht geneigt, von einem prozentualen Gehaltsabbau zu sprechen und dabei vielleicht eine zwanzigprozentige Kürzung von unten nach oben durchzuführen. Das ist sehr einfach. Wir aber lehnen das ab. Man muß dort stärker kürzen, wo viel verdient wird und wo man auch nach der Kürzung noch anständig leben kann. Eine Kürzung oder Entlassung müssen wir dort ablehnen, wo das, was man für seine Arbeit bekommt, schon nicht mehr ausreicht, um das Leben irgendwie anständig fristen zu können.

Man soll auch auf dem Steuersektor bei den Steuersündern energisch durchgreifen. Ich bin nicht derjenige, der einer nochmaligen Zulassung der sogenannten tätigen Reue das Wort redet. Es ist genug von der tätigen Reue gesprochen worden. Die Steuersünder haben nach der Währungsreform Gelegenheit gehabt, ihre tätige Reue zu beweisen. Sie haben nicht daran gedacht, eine solche tätige Reue zu üben, weil sie nicht gewillt sind, ihrer Gewinnsucht in irgendeiner Form eine Bremse anlegen zu lassen. Wir lehnen es ab, diesen Steuersündern noch einmal Gelegenheit zur tätigen Reue zu geben, damit sie sich vielleicht vor irgendeiner Strafe bewahren können. Der Staat muß gewillt sein, die ihm zur Verfügung stehenden Mittel mit aller Schärfe anzuwenden. Ich habe schon einmal betont, daß die Reichsabgabenordnung auch der Steuerbehörde die Möglichkeit gibt, mit scharfen Maßnahmen gegen die Steuersünder vorzugehen. Die Steuerbehörde muß nur gewillt sein, sie mit ihrer ganzen Kraft und in allen Möglichkeiten anzuwenden. Man darf sich nicht allzusehr in juristische Kniffeleien oder juristische Streitigkeiten einlassen und langwierige Prozesse führen, die sich im Endergebnis totlaufen, sondern man muß schnell handeln. Es gilt in erster Linie hier schnell zu handeln und den Steuersündern den Lebensnerv abzuschneiden, damit sie ihr schmutziges Handwerk nicht weiter ausüben können. Solange wir nicht auf diesem Sektor die wirklich notwendigen Maßnahmen der Regierung sehen, solange lehnen wir es als Kommunistische Partei ab, irgendwelchen Maßnahmen der Regierung unsere Zustimmung zu geben, die darauf hinauslaufen, prozentual gleichmäßig neue Lasten auf das Volk umzulegen, die den Kleinen in einem ganz anderen Verhältnis treffen als den Großen. Aus diesem Grunde lehnen wir die beiden Vorlagen, die eine Erhöhung der Verwaltungsgebühren vorsehen, ab.

(Beifall bei der KPD)

II. Vizepräsident **Kredel:**

Das Wort hat Herr Abg. Wagner.

Abg. **Wagner** (SPD):

Meine Damen und Herren! Es ist eine geschichtliche Erkenntnis, daß Staaten, die ihren Haushalt nicht in Ordnung bringen, zwei Gefahren entgegengehen: Entweder treiben sie einem anarchischen Zustand zu, oder sie verfallen dem totalitären Prinzip.

(Abg. Fischer: Was auf dasselbe hinausgeht!)

Ich brauche nur auf die geschichtlichen Tatbestände der

letzten hundert Jahre zu verweisen. Wir stehen heute tatsächlich vor der Gefahr, daß unser Staatshaushalt nicht in Ordnung kommt. Wenn ich krank bin und das Übel beseitigen will, gehe ich zum Arzt und lasse feststellen, von welcher Krankheit der Körper befallen ist. So müssen auch wir anfangen und müssen fragen: Wie kommt es, daß unser Staatshaushalt nicht in Ordnung ist? Wir sagen: Die Verbrechen der Nazis sind daran schuld. Selbstverständlich. Aber der Staatshaushalt ist nun schon drei Jahre in unseren Händen. Wir sagen: schuld ist die ungeheure Belastung durch die Besatzungskosten. Meine Damen und Herren! Eine zweite Erkenntnis will uns aufsteigen, nämlich die Erkenntnis, daß Finanzen und Wirtschaft in engster Wechselwirkung stehen. Wenn ich die Wirtschaft nicht in Ordnung bringe und falsche wirtschaftlichen Prinzipien glaube durchsetzen zu sollen, dann kann die Finanzlage nicht in Ordnung kommen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wir glauben, daß unsere Finanzmisere weniger eine monetäre Angelegenheit als vielmehr die Angelegenheit einer vollkommen falschen Wirtschaftsführung seit 1945, seit 1933 ist. Wir sollten es uns ernstlich überlegen und sollten aus diesem Staat der Zwangswirtschaft nicht sofort in die ungehemmte wirtschaftliche Freiheit hineinspringen sondern wohlbedacht uns bemühen, abstufend eine andere Wirtschaftsform zu finden; denn nicht die monetäre Entwicklung unserer Lage seit dem 20. Juni war das Entscheidende, sondern entscheidend war die darauf folgende vollkommen verfehlte Wirtschaftspolitik.

Über diese Dinge ist genügend gesprochen worden. Ich brauche mich nur auf das zu beziehen, was meine Fraktionsfreunde und was auch die Minister in dieser Angelegenheit vorgetragen haben. Ich will nur auf einzelne Punkte eingehen, die hier von den Vorrednern erörtert worden sind.

Man spricht vom Sparen und spricht vom Abbau der Ämter; man spricht von Verwaltungsreform und spricht von Gehaltsabbau. Meine Damen und Herren! Wir sind gegen jeden Gehaltsabbau,

(Sehr richtig! bei der SPD)

weil wir die Gehälter als nicht zu hoch ansehen und weil dann die Beamten, die Angestellten, die Arbeiter, die jetzt ganz allein steuerehrlich sind und sein müssen, schon wieder die Betroffenen wären,

(Sehr richtig! bei der SPD)

diejenigen, die ihre Plicht erfüllen und die am ersten unter diesen fürchterlichen wirtschaftlichen Verhältnissen leiden, diejenigen, die nicht auf dem Schwarzen Markt kaufen können. Man kann diese Menschen nicht noch durch Gehaltsabzüge bestrafen. Das lehnen wir ab. Damit kommen wir nicht zu Rande und zwar deswegen nicht, weil wir wissen, daß schlecht bezahlte Arbeiter auch immer schlechte Arbeit leisten,

(Sehr gut! bei der SPD)

und weil wir wissen, daß die Arbeitsleistung in einer Relation zu der Lohntüte steht, die der Arbeiter bekommt.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wir sagen: Abbau der Aufgaben, der Sachen und damit auch Abbau der Persönlichkeiten, die sie durchführen. Ich halte es für höchst unsozial, Menschen mehr Lasten aufzuerlegen — auch arbeitsmäßig — als sie normalerweise tragen können und sie als Dank dafür dann noch schlechter zu bezahlen. Darauf läuft es doch letztlich hinaus.

Es ist darauf hingewiesen worden, und Herr Kollege Dr. Raabe hat mit Recht gesagt, daß bei der Verwaltungsreform oben angefangen werden müsse. Wir sind ja nicht „oben". Wir sind ja nur Zwischendeckspassagiere. „Oben" — das beginnt für uns bei den Besatzungsmächten. Die nächste Etage ist die Bizone, und meine Damen und Herren, was sich da an Verschwendung breitmacht,

(Abg. Knothe: Unglaublich!)

und wie da mit dem Geld gewirtschaftet wird, das ist ein unerhörter Skandal.

(Abg. Knothe: Sehr richtig! Unglaublich ist das!)

Ich möchte bitten, daß das Hohe Haus in aller Eindringlichkeit den Herrn Ministerpräsidenten und das Hessische Kabinett veranlaßt, im Länderrat mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Erkenntnis Platz greift, daß die Gelder, die die Bizone ausgibt, schließlich auch von den hessischen Steuerzahlern aufgebracht werden müssen und daß die Beträge, die dahin fließen, in dieser Höhe vom Staat und den Gemeinden nicht mehr abgeschöpft werden können.

Wir halten es für verkehrt zu glauben, die Finanzmisere könne dadurch gemeistert werden, daß wir die Ausgaben den Gemeinden aufbürden. Das geht nur bis zu einer gewissen Grenze. Das gesamte Steueraufkommen hat letztlich ein Volumen, das nicht überschritten werden kann. Dem armen Steuerzahler ist es ganz gleichgültig, ob der Staat, die Gemeinde oder die Bizone der Empfänger ist. Die Relation in der Aufgabenstellung der einzelnen Kategorien zu den Ausgaben müßte festgestellt werden, und wir werden wohl unser blaues Wunder erleben, wenn wir feststellen, wieviel Prozent des Steueraufkommens die Bizone, der Staat und die Gemeinden beanspruchen und in welchem Verhältnis dazu ihre wirtschaftliche oder administrative Leistung steht. Wenn wir diese Feststellung treffen, dann werden wir zu ganz klaren Verhältnissen kommen, die unsere Forderung untermauern.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Es ist gesagt worden, auch in der Schule müsse gespart werden, und der Vertreter der Fraktion der CDU hat ausgeführt, bei der Forderung der Schulgeldfreiheit handele es sich um einen Eingriff der Militärregierung in unsere Rechte. Das möchte ich dahingestellt sein lassen. Es handelt sich nicht um einen Eingriff in unsere Rechte, sondern dieser Befehl der Militärregierung lag schon seit dem vorigen Jahre vor. Ich will nicht darüber streiten. Wenn ich in der Schule sparen will — ich richte mich jetzt an den Herrn Kultusminister —, dann spare ich nicht dadurch, daß ich den Ärmsten der Armen den Bleistift, das Stückchen Papier oder die Schreibtafel nicht stellen will. Das schlägt nicht zu Buche. Dann spare ich dadurch, daß ich die Aufblähung unseres ganzen Schulapparates nach oben auf ein gesundes Maß zurückführe. Es ist eine landläufige Weisheit, daß unsere höheren Schulen überfüllt sind, und zwar überfüllt von Schülern, die nach ihrer Begabung und ihrem Lerneifer nicht in die höhere Schule gehören.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Amerika ist so reich, daß es sich erlauben kann, in jedem Kind so viel zu investieren, wie es ihm Vergnügen macht. Ein armer Staat aber, wie es Deutschland ist, ein Staat mit einem so notleidenden Haushalt kann sich das nicht leisten. Das wäre unwirtschaftlich. Wenn ich in der Presse lese, daß 25 Prozent der Studierenden, die an den deutschen Hochschulen immatrikuliert sind — in manchen Sparten sind es sogar 100 Prozent —, keine Aussicht haben, nach Abschluß des Studiums im deutschen Raum auf ihrem Fachgebiete eine Beschäftigung zu finden, so ist das eine nicht zu verantwortende Fehlleitung der Geldmittel, die von den Steuerzahlern aufgebracht werden müssen. Wir müssen

Wagner.

deshalb zu einer ganz strengen Begabtenauslese kommen. Der Minister soll sich Gedanken darüber machen, wie eine solche Auslese durchzuführen ist. Die Schule ist nicht dazu da, daß möglichst viele Studienräte, Oberstudienräte usw. Anstellung finden, sondern sie hat dem Zwecke zu dienen, unseren Kindern die bestmögliche und dabei lukrativste Ausbildung zu vermitteln.

Es bestehen zur Zeit im Lande Hessen drei Universitäten. Als vierte kommt die Universität in Mainz hinzu. Wir müssen uns ganz ernsthaft darüber unterhalten, ob wir in der Zeit der größten wirtschaftlichen Not, die wir jetzt durchleben, ob wir zu einem Zeitpunkte, da kaum eine Möglichkeit besteht, die akademisch gebildeten Menschen in einem entsprechendem Berufe unterzubringen, vier Universitäten noch benötigen. Treiben wir also auf dem Gebiete des Schulwesens nicht diesen Luxus, der auch nicht wettgemacht werden kann dadurch, daß es nun keine Schulgeldfreiheit mehr geben soll für Begabte, daß den Schülern, deren Eltern es nicht bezahlen können, keine Bleistifte, kein Papier und keine Tinte mehr unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird! So geht es nicht.

Wir werden uns also sehr eingehend über diese Frage unterhalten müssen. Dabei möchte ich bemerken, daß ich leider habe feststellen müssen, daß in den Zahlenangaben, die uns vom Finanzminister und vom Kultusminister gemacht worden sind, Widersprüche enthalten sind. Auch das werden wir im einzelnen nachzuprüfen haben.

Dann möchte ich noch ein Wort an das Staatsministerium richten. Wir stehen unter dem Eindruck, daß die finanzielle Misere, unter der wir zu leiden haben, jetzt als Vorwand benutzt wird, um fortschrittliche soziale Maßnahmen, deren Notwendigkeit auf der Hand liegt, nicht zur Durchführung zu bringen.

(Sehr richtig! bei der SPD — Zuruf von der CDU: Na, na!)

— Ja, Sie mögen anderer Meinung sein, meine Damen und Herren. Ich könnte Ihnen das aber im einzelnen nachweisen. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß das Gesetz über die Schulgeldfreiheit, das schon vor eineinhalb Jahren vorgelegt wurde, zu einer Zeit, als wir über eine finanzielle Notlage noch nicht zu klagen brauchten, als wir noch in Reichsmark schwammen, bis heute noch nicht verabschiedet ist.

(Abg. Dr. Raabe: Die Regierungsvorlage sah genau denselben Betrag vor, wie er heute vorgeschlagen wird!)

— Ja, ich spreche ja nicht zu Ihnen, Herr Kollege Dr. Raabe, sondern zum Staatsministerium. Wir haben das Recht, auch das Staatsministerium zu apostrophieren. Wir haben den Eindruck, als ob nicht der gesamte geballte Wille der Ressortminister dahintergestanden hätte, um diese Sache durchzuziehen.

Wir richten an das Staatsministerium die dringende Bitte, künftig uns über die Finanzgestaltung, über die Steuereingänge und überhaupt über alle diese Angelegenheiten eingehend zu unterrichten. Und ich richt an das Hohe Haus, insbesondere an die Ausschüsse die Bitte, auch von sich aus die Regierung schärfer unter Kontrolle zu nehmen. Nicht, daß wir der Regierung mißtrauten. Es soll das gar kein Ausdruck des Mißtrauens sein. Aber Kontrolle ist notwendig. Jeder, der etwas Gutes leistet, wünscht von sich aus diese Kontrolle. Und diejenigen, die keine Kontrolle wünschen, die eine Kontrolle ablehnen, haben in der Regel etwas zu verbergen. Deshalb ist Kontrolle notwendig. Der Landtag aber ist die berufene Kontrollinstanz des Kabinetts. Wenn ich diesen Appell an den Landtag richte, dann appelliere ich auch an mich selber und an meine Fraktion. Wir wollen hier ganz deutlich reden. Ich bin überzeugt: Wenn auch wir als Abgeordnete unsere Pflicht bis aufs letzte erfüllen, dann wird manches gebessert werden können.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Der Vertreter der Fraktion der KPD hat nun mit starken Worten von dem Abbau der „hohen" Gehälter gesprochen. Ich selber gehöre ja unglückseligerweise wahrscheinlich zu denjenigen, die ein „hohes" Gehalt beziehen. Ich bin damit einverstanden, daß die hohen Gehälter abgebaut werden. Wenn aber von einer Partei eine solche Forderung hier aufgestellt wird, dann müßte diese Partei auch in dem Gebiete, in dem sie ihren Einfluß ausübt, dafür sorgen, daß die Minister trotz der „ungeheuren Verantwortung", die sie zu tragen haben, keine höhere Vergütung erhalten als zum Beispiel ein Wagenführer. Ich habe mir berichten lassen von den ungeheuren Bezügen, die meine Kollegen östlich der Elbe erhalten, insbesondere aber die Minister, gar nicht zu reden von den besonderen Zulagen, die ihnen gewährt werden, von den wunderschönen Wohnungen, die ihnen zur Verfügung stehen, von den zwei großen Dienstwagen und den Dienstmädchen, die ihnen gestellt werden, und Gott weiß was alles noch. Man könnte vor Neid erblassen.

(Abg. Keil: Hat Ihnen das Herr Höller mitgeteilt? — Abg. Catta: Drüben leben sie auch viel gefährlicher! — Zuruf: Gefahrenzulage!)

Ich halte es für beinahe kindlich, meine Herren von der KPD, daß Sie uns immer belehren wollen, während Sie selber dort, wo Sie herrschen, sich nicht nach diesen guten Lehren richten. Sie geben uns schlechte Vorbilder! Kein Minister in einem Lande des Westens, auch kein Minister in Hessen erhält ähnliche Bezüge, wie sie selbst der kleinste Minister im Osten erhält. Man hat da drüben im Osten sehr viele Minister. Selbst in einem so kleinen Lande, wie es das Ochsenkopf-Mecklenburg ist, in dem ganz kleine Verhältnisse herrschen, die mit unseren Verhältnissen hier überhaupt nicht verglichen werden können, erhalten die Minister das Mehrfache dessen, was unsere Minister erhalten. Das gleiche trifft auf die hohen Beamten zu. Also man kehre vor seiner eigenen Türe! Und es wäre ganz interessant, einmal die Frage zu prüfen, welche Bezüge die Funktionäre in den noch weiter östlich liegenden Gebieten, in Wladiwostock usw. erhalten. Aber das entzieht sich meiner Nachprüfung.

(Abg. Fisch: Sie können ja einmal hinfahren!)

Ich möchte Ihnen also in das Stammbuch schreiben, meine Herren von der KPD: Seien Sie bescheiden, und kritisieren Sie nicht immer die anderen!

Grundsätzlich sind wir damit einverstanden, meine Herren von der KPD, daß wir die Finanzmisere nicht auf dem Rücken der kleinen Leute austragen dürfen. Wir werden das nicht für richtig halten, und wir würden das auch nicht billigen. Das hat aber mit den drei Vorlagen, die jetzt zur Besprechung stehen, nichts zu tun. Es handelt sich hier um die Erhöhung von Gebühren. Meine Damen und Herren, wer in der Verwaltung steht, der weiß, daß die Erhebung von Gebühren sich nicht umgehen läßt. Ich bin sogar der Meinung, daß man besondere Gebühren erheben sollte von gewissen Querulanten, die nichts anderes zu tun haben, als die Geschäfte noch weiter zu vermehren, die aber nichts zuwege bringen, sondern nur einen unnötigen Aufwand an Geld verursachen. Diese Leute halten ständig einen großen Apparat in Bewegung. Hier könnte man eine zusätzliche Gebühr einführen für alle jene, die unberechtigte Beschuldigungen erheben und Forderungen stellen, die doch nicht erfüllbar sind. Wenn sie solche Angelegenheiten bis in die zweite und dritte Instanz

vortreiben, dann müßte man von ihnen zunächst einmal die Hinterlegung einer Verwaltungsgebühr verlangen. Wahrscheinlich würden sie es sich dann überlegen, solche Verfahren anhängig zu machen. Das wäre eine sehr gute Erziehung des Volkes.

Wir werden den drei Vorlagen, die heute zur Beratung stehen, zustimmen. Über die anderen Vorlagen werden wir uns noch eingehend unterhalten müssen. Wir sind auch der Meinung, daß die Finanzlage heute schon sich wesentlich anders darstellt als noch vor vier Wochen. Wir glauben auch, daß es der Finanzverwaltung in allen ihren Zweigen in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und mit den Beamten der Preisüberwachung und der Wirtschaftsstellen, wenn die Arbeit koordiniert wird, gelingen wird, die Steuersünder aufzustöbern. Dann werden wir auch über die Frage des Gehaltsabbaues und über die Frage der Verminderung unserer Ausgaben sehr schnell hinwegkommen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Präsident:

Herr Abg. Wagner. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. **Wagner** (SPD) — fortfahrend —:

Meine Damen und Herren! Ich will der Mahnung Folge leisten und will meine Redezeit nicht überschreiten.

(Abg. Dr. Raabe: Sie ist schon überschritten!)

Bis zum nächsten Male!

(Beifall bei der SPD)

Präsident:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Stock.

Ministerpräsident **Stock:**

Meine Damen und Herren! Wenn die Debatte hier nur ausklingen würde in dem Bedauern darüber, daß die Verwaltungsreform noch nicht durchgeführt worden ist, und in der Forderung, daß die Zahl der Ministerien vermindert werden müsse, dann würde das für den Aufbau des Staates und insbesondere für die Durchsetzung der demokratischen Idee einen außerordentlich großen Schaden bedeuten. Wenn nicht so viele Bürgermeister, Landräte und sonstige Beamte dem Landtage angehörten, dann wäre es wohl notwendig, angesichts der Tatsache, daß die Debatte auf dieses Gleis geschoben worden ist, nach verschiedenen Seiten hin Aufklärung zu geben. Da aber das Parlament in dieser Weise zusammengesetzt ist, darf ich doch wohl annehmen, daß Ihnen allen die Schwierigkeiten bekannt sind, vor die die Staatsverwaltung sich gestellt sieht und daß Ihnen auch bekannt ist, daß auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung große Ausgaben sich nicht vermeiden lassen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wir dürfen im Volke nicht den Eindruck erwecken, als ob die Finanznot einfach dadurch behoben werden könne, daß wir von der Durchführung der Verwaltungsreform reden. Meine Damen und Herren, daß wir uns in dieser schwierigen finanziellen Lage befinden, daß wir nicht genügend Geld besitzen, ist doch einzig und allein darauf zurückzuführen, daß wir es heute mit so vielen Steuersündern zu tun haben, wie sie noch niemals zu verzeichnen gewesen sind.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD — Zuruf des Abg. Dr. Großkopf)

— Es besteht kein Zweifel darüber, Herr Abgeordneter Großkopf: Die Zahl der Steuersünder und die Summe der hinterzogenen Steuern ist, prozentual gesehen, noch nie so hoch gewesen wie jetzt.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Ich kann Ihnen das an Hand einiger Zahlen beweisen. Das Steueraufkommen betrug in der Zeit vom 1. Januar bis zum 20. Juni 1948 durchschnittlich 112 Millionen Mark im Monat. Der Betrag ist eher noch höher als niedriger. In den letzten Monaten hat sich das Steueraufkommen katastrophal verringert. Es war bis auf 50 Millionen Mark abgesunken. Im Monat Oktober hat sich das Steueraufkommen etwas erhöht; aber es ist bei weitem noch nicht so hoch, wie es sein müßte. Wenn auch die Tarifsätze für die Einkommensteuer gesenkt worden sind, so ist doch der Umsatz durch die inzwischen eingetretene Preiserhöhung wie auch durch die Erhöhung des Umsatzes selbst so angestiegen, daß der auf die Senkung der Einkommensteuer zurückzuführende Ausfall mehr als ausgeglichen sein müßte.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Es muß ferner hinzugerechnet werden der Betrag, der auch schon vor dem 20. Juni 1948 an Steuern hinterzogen worden ist. Der Prozentsatz der Steuersünder ist von seiten der Herren, die es wissen können, schon damals, vor dem 20. Juni, mit 40 Prozent angegeben worden.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen die Ausgaben, die der Staat zu leisten hat, nur in Vergleich setzen zu dem Ausmaß der Aufgaben, die der Staat als solcher zu erfüllen hat. Der Staat hat heute eine Fülle von Aufgaben zu erledigen, die früher nicht in den Bereich seiner Kompetenz fielen. Das führt zwangsläufig zu einer Erhöhung der Ausgaben. Ich erinnere nur an die Beaufsichtigung der Wirtschaft, an die Regelung und Kontrolle der Ernährung. Ich erinnere an eine Reihe von anderen Aufgaben, die der Staat heute zu erfüllen hat und die eigentlich auf einer höheren Ebene durchzuführen wären. Ich erinnere an die Aufgaben, die dem Staate aus der Durchführung der Denazifizierung erwachsen sind, an die Aufgaben, die auf dem Gebiete des Wohnungswesens anfallen usw. Kurzum, es gibt so viele Dinge, die unter normalen Verhältnissen in einer glücklicheren Zeit vom Staate n i c h t zu erledigen waren, die aber heute zu den Aufgaben des Staates gehören. Und da möchte ich zurückkommen auf das, was ich eingangs gesagt habe: Das wissen auch die Herren Oberbürgermeister aus ihrem Amtsbereich, das wissen die Herren Landräte, und das weiß auch jeder Bürgermeister eines kleinen Dorfes. Ich möchte die Herren bitten, bei Betrachtung der Dinge draußen auf diese Umstände hinzuweisen und die Bevölkerung darüber aufzuklären.

Meine Damen und Herren! Die Verwaltungsreform, von der Sie sich anscheinend so erhebliche Einsparungen versprechen, wird kommen; sie muß kommen. Wenn wir aber an diese Verwaltungsreform herangehen wollen, dann muß im Vordergrund stehen ein Abbau der staatlichen Aufgaben. Wenn nicht die Aufgaben zu einem großen Teil wegfallen, dann werden auch nach Durchführung der Verwaltungsreform noch große Ausgaben nötig sein. Diese Aufgaben müssen wegfallen; dann sind auch die Ausgaben weg.

Es wird davon gesprochen, daß man mit v i e r Ministerien auskommen könne. Gewiß, man kann vielleicht die Zahl der Ministerien verringern. Sie werden aber damit doch nicht sagen wollen, daß dadurch die Ausgaben erheblich gesenkt werden würden. Sie können den Zuständigkeitsbereich eines Ministeriums einem anderen Ministerium unterstellen. Jawohl, das könne Sie. Sofern aber nicht die Aufgaben wegfallen, werden die Ausgaben eben von einem anderen Ministerium getragen werden müssen.

Wir sind dabei, die Zahl der Ministerien zu verringern; Sie werden in Kürze davon hören. Wir sind

Ministerpräsident Stock

dabei, die Verwaltung einer Reform zu unterziehen. Wir haben bereits beschlossen, bei den Regierungspräsidien die Posten der Stellvertreter nicht mehr zu besetzen. Wenn es nach einem anderen Vorschlag gegangen wäre, dann hätten wir heute bereits keine Regierungspräsidenten mehr. Ich will die Interna, was diese Fragen und Gegenstände angeht, hier nicht besonders behandeln.

Wir haben darüber gesprochen, Landkreise zusammenzulegen. Wir haben das Echo aus dem Lande gehört; Man hat sich dagegen gewandt, größere Landkreise zu schaffen, und wir haben Begründungen erhalten, die durchaus einleuchtend sind.

(Abg. Dr. Steinmetz: Da haben sie auch recht!)

— Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Diese Gründe treffen genau so für die Staatsregierung zu.

Ich möchte deshalb gebeten haben, meine Damen und Herren, daß Sie den Dingen die Aufmerksamkeit widmen, die das rechtfertigt, was die Regierung auf diesem Gebiete getan hat.

Wir haben durch unsere Maßnahmen schließlich doch errreicht, daß unsere Einnahmen sich verbessert haben.

Wenn sich draußen verschiedene Zeitungen und schließlich auch der Militärgouverneur von Hessen damit beschäftigen, daß das, was der Ministerpräsident wegen der Abstempelung des Geldes gesagt hat, nicht stimmt, so möchte ich nochmals folgende Erklärung abgeben: Wir sind in die äußerste Notlage geraten, weil uns für den Monat September an Steuereinnahmen aus dem Monat August nur 50 Millionen DM zur Verfügung standen. Es ist uns vollkommen klar, daß das Geld von denen gehortet wird, die vor dem 20. Juni Waren gehortet hatten; sie haben nunmehr die Waren umgesetzt und horten jetzt das Geld, um beim Lastenausgleich glatt durchschlüpfen zu können. Und um die Erfassung dieses Geldes respektive um die restlichen Steuern handelt es sich.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich möchte den Staat sehen, der sich gegen derartige Steuersünder nicht hilft. Dazu gibt es verschiedene Mittel. Entweder geben sie freiwillig an, über welche Beträge sie verfügen, und sie können dann beim Lastenausgleich erfaßt werden, oder der Staat muß die Mittel ersinnen, die nötig sind, die gehorteten Beträge ans Licht zu bringen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wenn ich in diesem Zusammenhang von der Abstempelung des Geldes gesprochen habe, so ist das ein Fingerzeig gewesen; ich wollte damit andeuten, was der Staat tun kann, um sich gegen solche Sünder zu wehren. Ob das einmal nötig oder nicht nötig sein wird, sei dahingestellt. Einstweilen sehen wir, daß sich unsere Steuereinnahmen wesentlich gebessert haben. Wir werden trotz der Warnung des Herrn Willmann von der Fraktion der KPD einen Erlaß über eine tätige Reue herausgeben. Das Kabinett wird sich heute mit dieser Frage beschäftigen, und ich bin überzeugt, daß dieser Ruf im Volke nicht ungehört verhallen wird. Wir sind aber im Kabinett — und ich darf sagen, auch die Ministerpräsidenten haben das auf der letzten Ministerpräsidentenkonferenz stark betont — durchaus der Auffassung, daß dann, wenn alle diese loyalen Aufforderungen, hier seine Pflicht und Schuldigkeit zu tun, nichts nützen, der Staat von den Mitteln Gebrauch machen muß, die er besitzt, ohne daß er neue Gesetze erläßt.

Sie sehen, noch sind es Warnungen; es sind Ermahnungen, zur Vernunft und zur Ordnung zurückzukehren.

Ich möchte Ihnen noch sagen, daß von 48 000 Beamten, Angestellten und Arbeitern bereits 4 000 entlassen oder gekündigt worden sind. Wir werden aber überall dort Halt machen müssen, wo Aufgaben zu bewältigen sind, von denen ich vorhin sprach. Wir brauchen Ordnung, Sauberkeit und Moral auf allen Gebieten.

(Sehr gut! bei der SPD)

Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die größte Unmoral zurzeit bei denen zuhause ist, die ihre Steuerpflicht dem Staat gegenüber nicht erfüllt haben.

Ich möchte Sie bitten und dringend ersuchen, die Regierung auf diesen Gebieten zu unterstützen. Nur wenn das gelingt, ist es überhaupt möglich, den Staat aufrechtzuerhalten.

(Starker Beifall, Händeklatschen bei der SPD)

Präsident:

Meine Damen und Herren! Die Rednerliste ist erschöpft. Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, sofort in die Abstimmung über die Punkte 3, 5 und 6 einzutreten und zwar getrennt, jeweils in der zweiten und dritten Lesung. Ich darf der Einfachheit halber vorschlagen, daß wir die Regierungsentwürfe zur Grundlage nehmen und dann über die Vorschläge des Haushaltausschusses abstimmen lassen. Ist das Haus damit einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch.

Wir stimmen zunächst über Punkt 3: Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlages zu den Verwaltungs- und sonstigen Gebühren außerhalb des Justizkostenwesens ab und zwar Vorlage Drucksache Abt. I Nr. 961 in der vom Haushaltausschuß in der Drucksache Abt. II Nr. 491 vorgeschlagenen Fassung. Ich glaube, es genügt, wenn ich die Paragraphen nur aufrufe.

(Zuruf: En-bloc-Abstimmung!)

— Es handelt sich zunächst um die zweite Lesung; ich muß über jeden Paragraphen abstimmen lassen.

Ich rufe auf die §§ 1, 2, 3, 4, 5 und 6 und bitte die Damen und Herren, die für diese Paragraphen in der vom Haushaltausschuß vorgeschlagenen Fassung stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Angenommen gegen die Stimmen der Fraktion der KPD.

Ich lasse nunmehr über den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit, Überschrift und Inhalt abstimmen, und bitte die Damen und Herren, die für den Gesetzentwurf stimmen wollen, eine Hand zu erheben. Ich danke Ihnen, der Gesetzentwurf ist damit in der zweiten Lesung angenommen.

Ich rufe den Gesetzentwurf jetzt zur dritten Lesung auf und darf annehmen, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir gleich in summarum abstimmen. Ich bitte die Damen und Herren, die in der dritten Lesung für Überschrift und Inhalt des Gesetzentwurfes stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist gegen die Stimmen der KPD in der dritten Lesung angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Punkt 5 der Tagesordnung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Hinterlegungsordnung — Drucksachen Abt. I Nr. 965, Abt. II Nr. 492 —. Ich darf in der gleichen Weise verfahren.

Abg. **Dr. Raabe** (CDU) — zur Geschäftsordnung —:

Nach § 47 unserer Geschäftsordnung ist es möglich, auch schon in zweiter Lesung en bloc abzustimmen, wenn sich kein Widerspruch erhebt.

Präsident:

Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich lasse dann in der zweiten Lesung über Überschrift und Inhalt des Gesetzentwurfs abstimmen und bitte die Damen und Herren, die dem Gesetzentwurf nach dem Vorschlag

des Haushaltausschusses zustimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Ich danke Ihnen. — Der Entwurf ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Entwurf zur dritten Lesung auf und bitte die Damen und Herren, die in der dritten Lesung für den Entwurf stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Der Entwurf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Punkt 6: Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet des Justizkostenwesens — Drucksachen Abt. I Nr. 966, Abt. II Nr. 493 —. Ich lasse in der gleichen Weise abstimmen und bitte die Damen und Herren, die in zweiter Lesung für den Gesetzentwurf in der vom Haushaltausschuß vorgeschlagenen Fassung stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Der Entwurf ist gegen die Stimmen der Fraktion der KPD angenommen.

Ich rufe den Gesetzentwurf nunmehr zur dritten Lesung auf und bitte die Damen und Herren, die für Überschrift und Inhalt stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Ich danke Ihnen. — Der Entwurf ist gegen die Stimmen der Fraktion der KPD angenommen. —

Damit sind die Punkte 3, 5 und 6 der Tagesordnung erledigt. Wir kommen zu **Punkt 7:**

Erste Lesung des von den Fraktionen der SPD und CDU eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof

— Drucksache Abt. I Nr. 968 —

Abg. **Dr. Raabe** (CDU) — zur Geschäftsordnung —:

Ich beantrage, die Vorlage ohne Aussprache dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Präsident:

Es ist beantragt worden, die Vorlage ohne Aussprache dem Rechtsausschuß zu überweisen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 8** der Tagesordnung:

Vorlage des Staatsministeriums betreffend Länderabkommen über den „Deutschen Wetterdienst in der US-Zone"

— Drucksache Abt. 1 Nr. 940 —

Das Haus nimmt von den Mitteilungen des Staatsministeriums Kenntnis. Es erhebt sich gegen das getroffene Abkommen kein Widerspruch. — Das Haus hat damit dem Abkommen zugestimmt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Vorlage des Ministers für Kultus und Unterricht und des Ministers für Arbeit und Wohlfahrt zum Landtagsbeschluß vom 11. März 1948 betreffend Jugendhilfsprogramm

— Drucksache Abt. I Nr. 946 —

Zur Begründung der Vorlage hat sich niemand gemeldet. — Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat sich Herr Abg. Appelmann gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Appelmann** (SPD):

Meine Damen und Herren! In der Drucksache Abt. I Nr. 946 haben das Ministerium für Kultus und Unterricht und der Herr Minister für Arbeit und Wohlfahrt dem Landtag ein Jugendhilfsprogramm gemäß dem Beschluß des Landtags vom 11. März 1948 vorgelegt. Auf Grund dieses Jugendhilfsprogramms soll eine Reihe von Einrichtungen geschaffen werden, die der hessischen Jugend die Möglichkeit bieten, ihr Leben

frei und selbständig so zu gestalten, wie es der Mentalität und der Vorstellungswelt der Jugend entspricht. Ich will heute auf den Inhalt der Vorlage nicht eingehen, da diese im Sozialpolitischen Ausschuß und im Haushaltausschuß noch eingehend zu beraten sein wird. Als Vertreter der jungen Generation, als Mensch, der noch in unmittelbarem Kontakt mit der Jugend steht, der die große Tragik, in der unsere Jugend heute lebt, versteht, möchte ich von dieser Stelle aus aber doch einiges Grundsätzliches sagen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie gehen mit mir einig, wenn ich Ihnen sage, daß die heute führenden Männer, in deren Händen das Schicksal unseres Volkes liegt, bestenfalls dem deutschen Volke das Gröbste aus dem Wege räumen, um ihm den Weg zu ebnen, auf dem unser Volk wieder gehen und eines Tages zur Völkerfamilie vorstoßen kann, daß aber der Neuaufbau unseres Vaterlandes der Mitarbeit der jungen Generation, also unserer heutigen Jugend, bedarf. Vielleicht gehen Sie weiter mit mir einig, wenn ich sage, nur vollkommen neue Mittel können es sein, die dem deutschen Volk wieder eine lebenswerte Zukunft sichern können, und diese Wege können nur von der deutschen Jugend gefunden werden.

Wenn das wahr ist, was ich soeben gesagt habe, und wenn die Zukunft eines Volkes auf seiner Jugend ruht, dann folgert daraus, daß die Lebensarbeit einer Generation nur dann einen Sinn hat, wenn dahinter eine Jugend steht, die, wenn die Zeit der Ablösung gekommen ist, die Lebensarbeit der vorangegangenen Generation übernimmt, weiterführt und weiterentwickelt. Die Jugend ist also das Fundament, auf dem allein ein Volk seine Zukunft aufbauen kann, und der Aufbau kann nur erfolgen, wenn das Fundament fest gegründet ist. Sie, meine Damen und Herren des Landtags und der Regierung, wären schlechte politische Baumeister Ihres Volkes, wenn Sie im Strudel und in dem Wirbel der heutigen Tagesprobleme und Tagesfragen vergessen würden, dieses Fundament zu legen. Es ist deshalb unmöglich, daß Sie die heutige Jugend, die nach der ungeheueren politischen Katastrophe unseres Volkes ziel- und planlos dasteht, sich selbst überlassen. Der Staat hat heute die Aufgabe, der Jugend Gemeinplätze zu schaffen, auf denen sie sich treffen und ihr Leben frei gestalten kann, frei von jedem Parteiegoismus, ein Eigenleben, auf dem das Christentum über die Schranken der Konfession hinausgeführt werden kann. Parlament und Regierung müssen den Willen haben, unserer jungen Generation die Möglichkeit zu schaffen, frei und mit offenen Herzen zu leben in echter Religiosität, die nicht in der Enge verkümmert, sondern in einer Religiosität, wie sie in der Musik von Bach und Brahms und in den Werken von Kant, Fichte, Schelling usw. lebt und wirkt. Wir müssen die Jugend wieder zu jener Stille geleiten, in der allein die großen Gedanken laut werden. Mit unserer ganzen Kraft, unserem ganzen Geist und mit dem Einsatz unserer ganzen Person müssen wir versuchen, das, was ich Ihnen in wenigen Worten vorstellte, zu realisieren, soweit das überhaupt möglich ist.

Wenn ich, meine Damen und Herren, unser Jugendproblem so sehe, bin ich nicht der Meinung unseres Herrn Finanzministers, der uns darauf aufmerksam macht, daß wir für den Beschluß des Landtags auch einen Deckungsvorschlag machen müssen. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß die finanzielle Frage des Jugendproblems im Rahmen des ordentlichen Haushalts gelöst werden muß. Ein Familienvater, der mehrere Kinder hat, kann der Mutter auch nicht sagen: Mache mir einen Deckungsvorschlag, wenn sie Mittel für die Unterhaltung und Erziehung der Kinder benötigt. Das sind eben Vatersorgen und der Herr Finanzminister hat die-

Appelmann

se Sorgen auf einer höheren Ebene zu tragen. Ich hoffe, daß der Haushaltausschuß ihm hilfreich zur Seite stehen wird, wenn es gilt, die notwendigen Mittel zu finden.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß ich vergangenen Donnerstag mit Vertretern verschiedener Jugendgruppen Gelegenheit hatte, mit Mr. De Long zu sprechen, der erklärte, daß er uns mit allen Kräften unterstützen werde.

(Abg. Fisch: Mit Baseballen!)

— Nein, er hat uns sogar ein Haus in der Nähe von Wiesbaden versprochen.

(Abg. Fisch: Wem gehört denn das Haus?)

Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn der Landtag mutig die Aufgaben, die für die Jugend gelöst werden müssen, angreift, dann werden wir auch die weitestgehende Unterstützung der amerikanischen Militärregierung haben.

Abschließend bitte ich das Hohe Haus, alle Kraft dafür einzusetzen, daß aus dieser Vorlage etwas Reales wird, zum Nutzen und zum Wohle unserer Jugend. Auf diese Weise könne wir von uns aus einen guten Teil zum Frieden beitragen, den die Völker so nötig haben.

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Krüger** (KPD):

Meine Damen und Herren! Bei der Vorlage des Ministers für Kultus und Unterricht — Drucksache Abt. I Nr. 946 — handelt es sich nicht um ein umfassendes Jugendhilfsprogramm, sondern, wie auch in der Vorlage bemerkt ist, nur um Bemerkungen zu den einzelnen Punkten des Landtagsbeschlusses. Wohl wird einleitend erklärt, daß man hier das gewünschte Jugendhilfsprogramm übergebe; aber wenn man diese Vorlage genau anschaut, dann findet man, daß es sich nur um einige Erklärungen zu den vier Punkten handelt, die auf Grund des Landtagsbeschlusses vom 11. März 1948, angeregt durch den Antrag der Fraktion der KPD vom 13. Oktober 1947, festgelegt worden sind. Wir erwarten, daß, wenn der Sozialpolitische Ausschuß und wahrscheinlich auch der Haushaltausschuß zu dieser Vorlage Stellung nimmt, dann der Minister für Kultus und Unterricht in Verbindung mit dem Minister für Arbeit und Wohlfahrt ein umfassendes Jugendhilfsprogramm vorlegt, das uns in die Lage versetzt zu erkennen, was die Landesregierung auf diesem Gebiet plant, um das zu verwirklichen, was mein Vorredner hier aufgezeigt hat.

In dieser Vorlage wird auch ein sofortiges Hilfsprogramm angekündigt. Wir werden zu dem Jugendhilfsprogramm in den Ausschüssen Vorschläge im einzelnen noch konkreter machen, vor allem zu den Dingen, die innerhalb der Vorlage nicht oder nicht klar in Erscheinung treten. Auch ich bin der Meinung, daß dieses Jugendhilfsprogramm eine sehr wichtige Maßnahme in bezug auf die Gewinnung der Jugend für den Wiederaufbau unserer zerrütteten Verhältnisse ist, und ich glaube, man kann in diesem Falle nicht wieder mit der Begründung, daß die Kassen leer seien, eine Sache ablehnen, die an und für sich notwendig ist. Ich möchte von dieser Stelle erklären — allerdings hört dies der Herr Finanzminister nicht, da er weit von hier entfernt weilt —: Ich bin der Meinung, wenn ein Staat, der im wahrsten Sinne des Wortes Demokratie entwickeln will, sein Geld gut anzulegen beabsichtigt, dann soll er das im Rahmen eines Jugendhilfsprogramms tun. Das wird sich in Zukunft nur gut und vorteilhaft für unser Volk auswirken.

(Beifall bei der KPD)

Frau Abg. **Pitz** (CDU):

Meine Damen und Herren! Meine beiden Herren Vorredner haben schon betont, daß alle Völker es als ihre vornehmste Pflicht angesehen haben, die Wohlfahrt der Jugend zu fördern. In Hessen wird die Jugendpflege getragen einerseits von der behördlichen Seite, dem Kultusministerium, den Regierungspräsidenten und den Kreisen, andererseits von den Jugendorganisationen selbst. Die heutige Vorlage umschreibt noch einmal die Aufgaben, die der Jugendpflege in Hessen gestellt sind:

1. Es sollen neue Heime geschaffen werden, um die Möglichkeit zu haben, die wandernde Jugend in Jugendherbergen und Zeltlagern unterzubringen.
2. Es sollen Geräte und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden zur körperlichen und geistigen Ertüchtigung der Jugend. Darunter fällt alles, was zum Sport gehört, auf der andern Seite Bücher und Hilfsmittel zur geistigen Weiterbildung.
3. Es sollen alle Maßnahmen ergriffen werden, der Jugend, vor allem der werktätigen, wirkliche Erholung zu sichern.
4. Um alle diese Aufgaben erfüllen zu können, brauchen wir — das ist ein sehr wichtiger Punkt — Jugendpfleger, die eigens dafür ausgebildet werden.

Warum steht heute die Jugendpflege im Vordergrunde? Es ist leider so, daß draußen im Lande dieser Frage wenig Interesse entgegengebracht wird. Die gegenwärtige materielle Not überdeckt eben alles. Die Wichtigkeit dieser Frage in den Hintergrund.

Aber unsere Jugend braucht unbedingt erstens körperlich einen Ausgleich. Sie ist durch die schlechte Ernährung, durch schlechte Wohnverhältnisse anfällig geworden. Sie hat viel zu leisten, wenn sie berufstätig oder in der Ausbildung begriffen ist. Es muß also unbedingt eine Entspannungsmöglichkeit geschaffen werden, um die Widerstandskraft unserer werktätigen Jugend zu heben. Die Gesundheit der Jugend ist die Kraft des Volkes, das wollen wir bedenken. Wir haben Aufgaben nicht bloß für die Gegenwart zu erfüllen; sie reichen auch in die Zukunft hinein, und die heranwachsende Generation hat diese Aufgaben in der Zukunft zu meistern.

Zweitens: Seelisch braucht unsere Jugend die Kameradschaft. Diese Kameradschaft wächst selbstverständlich auch auf der Schulbank und auf dem Arbeitsplatz. Sie wird aber viel freier gestaltet in Zeltlagern und Jugendherbergen. Insbesondere die Jugend aus den Städten hat keine rechte Beziehung zur Natur. Es ist eine bedauerliche Erscheinung, daß unsere Jugend das Wandern, das die alte Jugendbewegung besonders gepflegt hat, gar nicht mehr recht versteht. Das muß wieder hinein. Wir müssen die Jugend wieder in enge Beziehung zur Natur bringen. Dabei brauchen wir ein Gegengewicht. Viele Umstände unserer Zeit, an denen wir nicht viel ändern können, obschon wir uns ehrlich bemühen, wirken ausgesprochen familienfeindlich. Familienfeindlich sind die schlimmen Verhältnisse in bezug auf die Wohnung. Eine Jugend, die kein Heim hat, geht auf die Straße; sie kommt auf eine schiefe Bahn. Aber auch der Zwang für viele Mütter, Kriegerwitwen zum Beispiel, infolge der schlechten Versorgung für ihren Lebensunterhalt eine Arbeit zu übernehmen, ist die Ursache, daß viele Jugendliche sich selbst überlassen sind. Auch hier stehen wir einer familienfeindlichen Situation gegenüber, die früher nur vereinzelt anzutreffen war.

Das alles wirkt drittens moralisch auf unsere Jugend ein, und wir haben alles daranzusetzen, diesem Faktor einen Gegenfaktor gegenüberzustellen und einen Ausgleich zu schaffen. Wir brauchen diese Gemein-

schaft der Jugendlichen, damit der demokratische Staat wächst, damit die Jugend aller sozialen Schichten sich frei zusammenfindet.

Schließlich brauchen wir viertens für unsere Jugend die geistige Förderung. Wir brauchen Aussprachekreise, Arbeitsgemeinschaften und Bücher. Gemeinsame Wanderungen sollen den praktischen Sinn der Jugend entwickeln. Sie soll lernen, unter allen möglichen Verhältnissen zu improvisieren. Wir müssen den Sport mehr pflegen und auch da alle Möglichkeiten ausnutzen, vor allem da unsere Schulen dieser Aufgabe nicht in dem Umfange gerecht werden, wie wir das wünschen. Durch die Berechnung der Lehrkräfte, durch die Tatsache, daß man die technischen Lehrkräfte mit in die Meßzahl einbezieht, fällt für technischen Unterricht und für Sport- und Turnunterricht meist keine Lehrkraft ab. Gerade dieser Umstand zwingt uns, die schulentlassene Jugend in diesen Punkten um so mehr zu bedenken und zu berücksichtigen. Im übrigen erzieht der Sport zu einer fairen Haltung, zu einer geistigen Selbständigkeit, zu einer inneren Selbständigkeit im Verhältnis des einen zum andern.

Was ist bisher geschehen? In Hessen stehen 36 Jugendherbergen und etwa 70 Zeltlagern zur Verfügung. Der Vorschlag, für die wandernde Jugend Zimmer in Hotels freizuhalten, ist meines Erachtens indiskutabel. Die Jugend gehört nicht in Hotels, sie gehört in Zeltlager oder Herbergen. Wir müssen in dieser Beziehung noch sehr viel schaffen. Es stehen in Hessen insgesamt 2 200 Betten zur Verfügung. Wir hatten — ich habe mir die gnaue Zahl geben lassen — im Jahre 1947 135 000 Übernachtungen in Jugendherbergen und Zeltlagern. Dem steht gegenüber fast die doppelte Zahl von Anmeldungen für 1948. Wir haben schon 1947 nicht allen Ansprüchen gerecht werden können. Wir müssen also darauf bestehen, daß Jugendherbergen und Stätten, die an sich der Jugend gehören und augenblicklich anderen Zwecken dienen, ihrem ursprünglichen Zweck wieder zugeführt werden. Ich erinnere daran, daß die Jugendverbände, die im Dritten Reich verboten waren, ihre Sportplätze und Turnhallen damals an die NSV abtreten mußten, daß dann dieses Vermögen beschlagnahmt wurde und die Turnhallen, Sportplätzen usw. einer anderen Bestimmung zugeführt worden sind. Ich erinnere weiter daran, daß die Jugendverbände, nachdem sie jetzt wieder erstanden sind, nicht ohne weiteres als Nachfolger der aufgelösten Verbände anerkannt werden und daß man noch nicht dazu übergegangen ist, in allen Fällen dieses Vermögen, das den Jugendverbänden gehört, zurückzugeben. Auf diesen Punkt möchte ich besonders hinweisen.

Die Finanzierung der Aufgaben ist im verflossenen Jahr erfolgt durch die im Etat zur Verfügung gestellten 250 000 Mark, durch eine außerordentliche Ausgabe zur Wiederherstellung von Jugendherbergen in Höhe von 60 000 Mark und durch eine außerordentliche Bewilligung für die Bewältigung der Transporte der Zeltlager in Höhe von 20 000 Mark. Außerdem sind noch einige Jugendsammeltage abgehalten worden, die als Ergebnis 600 000 Mark erbrachten.

Demgegenüber stehen folgende Ausgaben, die an sich gemacht werden mußten. Ich erinnere noch daran, daß auch die Erholungsfürsorge für die erwerbstätige Jugend hierunter fällt, daß also die werktätige Jugend ihre Ferien in einem solchen Zeltlager oder in einer Jugendherberge verbringen soll. Dafür ist ein Tagessatz von 2,50 DM angesetzt worden. Die Jugend selbst soll dazu beisteuern und 1 DM pro Tag für diesen Ferienaufenthalt zu zahlen. Es blieben dann noch 1,50 DM aufzubringen. Bei 3 000 Teilnehmern beläuft sich der Betrag pro Monat auf 81 000 DM oder im Jahr auf 972 000 DM, also rund 1 Million. Dazu kommen die

Frau Pitz

Unterhaltungskosten der Herbergen — es muß Personal da sein — und ferner die Unkosten, die Sie in der Vorlage Drucksache Abt. I Nr. 946 finden und die mit 104 000 DM angegeben worden sind. Zusammen wäre also ein Betrag von rund 1,1 Million erforderlich.

Diesen Ausgaben stehen die Einnahmen gegenüber die ich eben schon angeführt habe, unter anderem die Etatmittel mit 250 000 DM und der Ertrag der Sammeltage mit 600 000 DM. Der letzte Posten steht aber nicht fest, denn wenn wir jetzt wieder einen Sammeltag veranstalten, wissen wir nicht, was er einbringt.

Es ist also ein großer Posten ungedeckt, und ich bin der Meinung, daß in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Aufgabe der Staatszuschuß mit 250 000 DM zu gering angesetzt ist. Man müßte erwägen, einen Ausgleich zu schaffen. Es ist selbstverständlich, daß auch die Jugendorganisationen selbst soviel wie möglich beisteuern müssen. Gerade hier soll das Prinzip herrschen: Selbsthilfe, soweit es geht, wirksam werden zu lassen und Staatshilfe nur in Anspruch zu nehmen, wenn es nicht mehr weitergeht, wenn Ausgaben ungedeckt bleiben.

Wir sind deswegen der Auffassung, daß diese Vorlage zunächst einmal dem Haushaltausschuß überwiesen werden sollte. Wir können uns dann im Ausschuß darüber unterhalten, inwieweit der Staatszuschuß erhöht werden kann oder welche anderen Möglichkeiten bestehen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident:

Als letzter Redner hat das Wort Herr Abg. Göbel-Ffm.

Abg. **Göbel**-Ffm. (LDP):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Freunde und ich sind der Auffassung, daß es erfreulich ist, daß uns die beiden Ministerien, das Ministerium für Kultus und Unterricht und das Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt, diese Vorlage unterbreitet haben. Wir verstehen diese Vorlage nicht als einen Antrag, wir verstehen sie auch nicht als einen Hinweis darauf, daß wir hier außerplanmäßig Mittel finden und bewilligen müßten, sondern wir verstehen die Vorlage so, daß uns einmal ein Bild von dem gegeben wird, was sowohl von der kulturellen als auch von der sozialen Seite in diesen beiden zuständigen Ministerien für die Jugendarbeit getan wird. Wir freuen uns auch darüber, daß diese beiden Ministerien der Entschließung des Landtags — und eine Entschließung war es, die das Hohe Haus faßte, als es der Anregung des Sozialpolitischen Ausschusses folgte — Beachtung schenkten und nun darlegen, was nach dieser Richtung bisher zu tun möglich war.

Meine Vorrednerin und mein Vorredner haben nun zu dem, was in der Vorlage gesagt ist, Stellung genommen. Wir sind der Auffassung, daß wir es bei dieser Vorlage nicht brauchen bewenden zu lassen, sondern daß uns, so glauben wir, mit dieser Vorlage ein Ball zugeworfen wird, mit dem wir, wenn ich im Bild bleiben darf, weiterspielen sollen.

(Abg. Keil: Also doch ein Baseball!)

— Es braucht kein Baseball zu sein. — Ich möchte es tun insofern nämlich, als ich diesen Ball zurückwerfe, zuerst einmal auf uns, und Sie bitte, mit meiner Anregung einverstanden zu sein, daß wir diese Vorlage, um sie weiterbesprechen zu können, und um Möglichkeiten zu finden, hier noch Brauchbares zu gestalten, dem Sozialpolitischen Ausschuß zur gemeinschaftlichen Beratung mit dem Kulturpolitischen Ausschuß überweisen. Ich spreche nicht vom Haushaltausschuß, Frau Kollegin Pitz, obwohl ich alles Verständnis für das habe, was

Göbel-Ffm.

Sie uns in Ihren Ausführungen darlegten. Ich möchte aber zunächst einmal der Anregung des Herrn Finanzministers folgen, der gesagt hat, es seien keine Dekkungsvorschläge gemacht worden. Nun, die Entschließung war auch nicht so zu verstehen, daß von dem Herrn Finanzminister für diese Arbeiten außerplanmäßige Mittel gefordert würden, sondern wer die Entschließung aufmerksam gelesen hat, der hat wohl bemerkt, daß es uns darum ging, hier Mittel unseres ordentlichen Haushalts für diese Zwecke zu mobilisieren bzw. die Mittel des ordentlichen Haushalt für diese als notwendig anerkannten Maßnahmen zu verwenden. Wir wollten, Herr Ministerialdirektor, gar nicht außerordentliche Mittel für diese Zwecke in Anspruch nehmen. Wir wollen es auch für die Zukunft nicht tun.

Aus diesem Grunde schlagen wir vor, diese Vorlage als Arbeitsmaterial für eine gemeinsame Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses und des Kulturpolitischen Ausschusses zu benutzen, um hier noch weiter, so hoffen wir, zur Verbesserung, zur Aktivierung dieser Arbeit beitragen zu können. Scheitern wir dort, entstehen dort Fragen von finanzieller Tragweite, dann werden wir, glaube ich, so vernünftig sein und einsehen, daß wir die Mitarbeit des Haushaltausschusses benötigen. Aber meinen Freunden und mir liegt daran, daß diese Fragen, die hier angeschnitten worden sind und die nach unserer Auffassung nur einen Teil der künftigen Jugendarbeit umfassen, noch vertieft werden und daß wir uns bemühen, diesen Bericht, diese Arbeit zu einem umfassenden Programm auszubauen. Deshalb möchte ich Sie namens meiner Freunde bitten, dem Vorschlag, diese Angelegenheit dem Sozialpolitischen Ausschuß und dem Kulturpolitischen Ausschuß zu überweisen, zu folgen.

Seien Sie mir nicht böse, wenn ich noch eine Anregung ganz allgemeiner Art hier anknüpfe. Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß alle unsere Jugendlichen es zu würdigen verstehen, daß wir uns hier ausführlich mit ihrem Schicksal befassen. Vielleicht klingt es vermessen, wenn ich das sage. Ich selber rechne mich noch zu den Jugendlichen, denn mit meinen 48 Lenzen bin ich noch nicht alt. Aber eines glaube ich sagen zu dürfen, nämlich dies: daß ich verschiedentlich bei Unterhaltungen und Beobachtungen der Arbeit der Jugend feststelle, daß das rechte Verständnis für die Aufgaben der Gemeinschaft noch geweckt werden muß. Hier haben wir ein Nötiges zu tun, und darüber hinaus, so glaube ich sagen zu müssen, möchten wir auch mit recht viel Verständnis von seiten der Jugend rechnen. Ich darf aussprechen — und gleich mir werden sehr viele Kolleginnen nud Kollegen dieses Hohen Hauses denken —: Wir haben in unseren jungen Jahren — ein Teil von uns hatte noch den Flaum hinter den Ohren und kam aus dem ersten Krieg, ich selber gehöre dazu — mutig und hoffnungsfreudig den Sprung in die politische Arbeit für Volk und Vaterland unternommen. Wir freuen uns darüber, daß wir es getan und das Beste gewollt haben. Gerade diese Arbeit für Volk und Vaterland halten wir für die Jugend nötig, im Interesse unseres demokratischen Neuaufbau unseres Vaterlandes. Das sage ich ausdrücklich, und unter diesem Gesichtspunkt ist es am Platze, wenn ich von dieser Stelle aus auch die Jugend anspreche und die Jugend bitte, mit uns zusammen dieses schwere Werk für die Zukunft zu übernehmen.

(Lebhafter Beifall bei der LDP)

U. Vizepräsident **Kredel:**

Das Wort hat Herr Abg. Fisch.

Abg. **Fisch** (KPD):

Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Dr. Raabe hat vorhin bei einem anderen Punkt die Bemerkung gemacht, das Bukett der drei Spargesetze, das uns heute vorgelegt wird, stelle ein kleines Mäuslein dar, das nun geboren wird, nachdem die Berge so lange gekreißt haben. Wenn dieses Wort irgendwo zutrifft, dann für das, was uns heute hier die christliche Gemeinschaft der beiden Minister für Arbeit und für Kultus vorzulegen wagt. Am 11. März, also bereits vor acht Monaten, hat das Hohe Haus dem Ministerium den Auftrag erteilt, ein Jugendhilfsprogramm vorzulegen und was wir heute, nach Ablauf dieser acht Monate vorgelegt bekommen, das ist mehr als bescheiden, es ist beschämend. Ein Staat kennzeichnet sich am besten dadurch, was er seiner Jugend zu geben hat. Das Land Hessen würde ein sehr schlechtes Bild seiner sogenannten sozialen Absichten dartun, wenn es das hier vorgelegte Programm als charakteristisch für seine Pläne zur Hilfe für die Jugend bezeichnen würde. Auf keinem anderen Gebiete der öffentlichen oder privaten charitativen Tätigkeit, meine Damen und Herren, hört man so viel barmherzigkeitstriefendes Geschwätz wie gerade auf dem Gebiet der Jugendfürsorge, und auf keinem anderen Gebiete gibt es einen solch eklatanten Widerspruch zwischen schönen Reden und effektiven Handlungen. Was hier vorgelegt wird, kann nicht entfernt heranreichen an die ungeheuren Nöte und die Hilfsbedürftigkeit der Jugend. Es wird gesprochen von Jugendherbergen, von Zeltlagern; und dann hat sich die Sache, dann ist es aus. Man wagt es noch, für diese bescheidene Tätigkeit die öffentliche Sammlung in Anspruch zu nehmen. Man gibt an, daß eine Mark täglich von den Jugendlichen selbst für diese Lager aufzubringen sind, von Jugendlichen, die zum großen Teil nur ein paar Mark verdienen.

(Abg. Dr. Steinmetz: Und die im Osten ausgerückt sind!)

Man hat einen öffentlichen Sammeltag angesetzt, der 600 000 Mark erbracht hat. Man hat nichts besseres damit anzufangen gewußt, als mit diesem Geld von der STEG, der Verwertungsgesellschaft amerikanischen Schrotts, Zelte und Decken zu kaufen. Insgesamt 104 000 DM werden vom Staat verlangt. Hundertviertausend Mark, das ist die ganz erbärmliche Summe, die man zur Hilfe für die werktätige Jugend auszugeben gedenkt. Vergleichen wir damit die Summe von 21 Millionen DM, die das Land Hessen an die Großbanken als Zinsen zahlt, dann kommt der unsoziale Charakter dieser „christlichen Handlungen" nur allzu deutlich zum Vorschein.

Der Sprecher der Fraktion der SPD, Herr Kollege Appelmann, hat uns von einer interessanten Unterredung Mitteilung gemacht, die er mit dem Chef des amerikanischen Jugenderziehungswesens hier in Wiesbaden gehabt hat, in deren Verlauf dieser erklärt hat, daß man demnächst einige Spenden an die Jugend zu verteilen gedenke. Ich habe bereits in einem Zwischenruf die Frage aufgeworfen, ob denn diese Spende wohl in einigen Baseбällen bestehen solle. Ich habe hier vor mir liegen den Einzelplan XIIa, Besatzungskosten, dem alle anderen Parteien zugestimmt haben.

(Abg. Göbel-Ffm.: Sie doch auch!)

— Nein, wir haben ihn abgelehnt; ich muß da Ihrem Gedächtnis etwas nachhelfen, Herr Abg. Göbel! In diesem Einzelplan XIIa ist unter „Sonstigen Ausgaben" ein Betrag von 1,5 Millionen Mark vorgesehen, und in der Erläuterung dazu wird gesagt:

„Der Betrag ist auch für die Ausgaben vorgesehen, die durch die Sonderbetreuung der deutschen Jugend durch die Besatzungsmacht entstehen."

Das, meine Damen und Herren, ist ein nicht zu überbietendes Dokument, das die Doppelzüngigkeit gewisser „barmherziger Leistungen" charakterisiert. Wir hören von Hilfeleistungen, die uns angeblich barmherzigerweise erwiesen werden, und hier steht schwarz auf weiß, daß die hessischen Steuerzahler dafür 1,5 Millionen Mark aus ihrer Tasche zu zahlen haben.

Meine Damen und Herren! Ich denke, daß das letzte Wort über dieses sogenannte Jugendhilfsprogramm noch nicht gesprochen ist. Jedenfalls aber möchte ich heute schon sagen, daß meine Fraktion einem solchen Programm, das durch eine solche Doppelzüngigkeit, durch einen derartigen Widerspruch zwischen barmherzigen Reden und unsozialen Taten gekennzeichnet ist, nicht zustimmen kann.

(Beifall bei der KPD)

II, Vizepräsident Kredel:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Es ist vorgeschlagen worden, die Vorlage noch einmal dem Sozialpolitischen Ausschuß und dem Kulturpolitischen Ausschuß zur Besprechung zu überweisen. Wenn diese beiden Ausschüsse sich geeinigt haben, wird auch der Haushaltausschuß noch einmal damit befaßt werden müssen, weil unbedingt die Deckung der Ausgaben mit vorgesehen werden muß. Ich nehme an, daß Sie alle damit einverstanden sind, daß es so geschieht. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 10** der Tagesordnung:

Große Anfrage der Fraktion der LDP an den Herrn Minister des Innern betreffend Verwendung der durch die Grenzpolizei sichergestellten Waren

— Drucksache Abt. I Nr. 847 —

Zur Begründung der Großen Anfrage hat das Wort der Herr Abg. Dr. Ilau.

Abg. Dr. Ilau (LDP):

Meine Damen und Herren! Zur Begründung unserer Großen Anfrage bedarf es nicht vieler Worte, da die Tatbestände, an die die Große Anfrage anknüpft, dem Hohen Hause bekannt sind. Ich darf nur ganz kurz rekapitulieren, daß bei der zweiten Lesung des Haushaltplanes am 10. Juni dieses Jahres sich ergeben hat, daß die Polizei des Innenministers Waren im Werte von 26 Millionen Mark beschlagnahmt hat — innerhalb welcher Zeit wurde nicht klar — und daß Zweifel darüber entstanden waren, wo denn nun im Etat für die Einnahmen aus solchen Beschlagnahmungen Vorsorge getroffen ist, das heißt, wo solche Einnahmen im Etat angesetzt sind. Ich darf ganz kurz aus dem Stenographischen Bericht die Worte des Herrn Innenministers wiederholen. Der Herr Innenminister hat damals ausgeführt:

> „Ich darf darauf hinweisen — ich habe es schon wiederholt getan —, daß in meinem Ministerium Einnahmen entstehen, die bei mir nicht in Erscheinung treten. Meine Damen und Herren! Sie können doch nicht ernstlich in Abrede stellen, daß die Polizei, sowohl die Grenzpolizei als auch die Gendamerie durch Beschlagnahme von Waren Beträge zusammengebracht hat, die ungefähr 26 Millionen RM ausmachen. Diese erscheinen zum Teil bei dem Herrn Minister für Wirtschaft und Verkehr, zum übergroßen Teil, weil die beschlagnahmten Waren Lebensmittel oder auch sonstige Bedarfsgüter sind, bei den Ernährungs- oder Wirtschaftsämtern; sie treten dort in Erscheinung und nicht in meinem Haushalt."

Ich hatte dann bei der Beratung des Haushaltplanes des Wirtschaftsministers an den Herrn Wirtschaftsminister die Frage gerichtet, wie hoch die bei ihm aus diesen Beschlagnahmungen anfallenden Einnahmen gewesen seien. Der Herr Wirtschaftsminister hat darauf geantwortet: „In unserem Etat finden sich diese Einnahmen nicht."

Im weiteren Verlauf der Aussprache über den Haushaltplan hat unser Freund Dr. Becker dann eine entsprechende Frage an den Herrn Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten gerichtet. Diese Frage blieb unbeantwortet. An Stelle des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten ergriff damals der Herr Innenminister noch einmal das Wort und führte aus:

> „Der Minister des Innern als Polizeiminister hat sich natürlich nicht darum zu kümmern, wo nun die Gelder verrechnet werden, die aus der Verwertung dieser beschlagnahmten Güter einkommen. Vielleicht hat der Herr Finanzminister die Liebenswürdigkeit, in den nächsten Wochen einmal festzustellen — auch er wird nicht in der Lage sein, Ihnen das heute schon zu sagen —, unter welchen Etattiteln nun diese Gelder erscheinen."

Und an einer andern Stelle in seiner Rede sagte dann der Herr Innenminister:

> „Ich kann also jederzeit den Wahrheitsbeweis dafür antreten, daß Wertgegenstände im Betrag von mindestens 9 Millionen Reichsmark von der Polizei unmittelbar beschlagnahmt worden sind. Weitere 17 Millionen Reichsmark ergeben sich, wenn man die Waren hinzurechnet, die bei den Betriebsprüfungen unter Zuziehung der Polizei in den Betrieben beschlagnahmt worden sind. Also irgendwo müssen ja die Erträge, die diese beschlagnahmten Waren erbracht haben, erscheinen."

Der Herr Finanzminister hat dann ziemlich am Schlusse unserer damaligen Beratungen folgendes erklärt:

> „Der Herr Innenminister hat mich gebeten, angesichts der hohen Bedeutung, die die 26 Millionen Reichsmark für das Hohe Haus haben, Genaueres festzustellen. Ich werde mir die größte Mühe geben, an Hand der Rechnung festzustellen, wo diese Beträge verbucht sind."

Damit habe ich diese Jagd nach den 26 Millionen Reichsmark, die uns am 10. Juni so häufig beschäftigt haben, kurz in das Gedächtnis zurückgerufen. Sie werden sicherlich mit mir der Auffassung sein, daß es notwendig ist, daß das Hohe Haus nunmehr die Aufklärung erhält, die damals aus begreiflichen Gründen nicht gegeben werden konnte, weil das Material nicht greifbar war. Der Regierung die Gelegenheit zu geben, das nachzuholen, ist der eine Zweck unserer Anfrage.

Das ist die finanzielle Seite.

Die Große Anfrage berührt daneben aber auch noch ein anderes Problem. Bei der Behandlung dieser Dinge damals bei der zweiten Lesung des Haushaltplanes wurde von unserem Freunde Dr. Becker darauf hingewiesen, daß es sich anscheinend um zwei verschiedene Arten von Beschlagnahmungen handele; einmal um solche, die auf Grund eines richterlichen Urteils ergangen sind, und zum andern um solche, bei denen ein solches richterliches Urteil nicht vorliegt. Grund für Herrn Dr. Becker zu dieser Annahme war die Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU, die damals an den Herrn Innenminister gerichtet worden war. Die Antwort des Herrn Innenministers auf diese Kleine Anfrage ist in den Drucksachen Abt. IV unter Nr. 51 abgedruckt. Aus dieser Antwort scheint hervorzugehen, daß es tatsächlich zwei verschiedene

Dr. Ilau

Kategorien von Beschlagnahmungen gibt: eine mit richterlichem Urteil und eine ohne richterliches Urteil. Unser Kollege Dr. Becker hat damals bei der zweiten Lesung des Etats die Frage aufgeworfen — ich zitiere wiederum das stenographische Protokoll:

„Gibt es eine juristische Möglichkeit, ohne gerichtliches Urteil Sachen, die andern Leuten gehören, zu beschlagnahmen, wegzunehmen und den Erlös zu behalten?"

„Ich will diese Frage nur aufwerfen", sagte damals Dr. Becker. Die grundsätzliche juristische Bedeutung der Frage kann nicht verkannt werden. Daß ein so erfahrener Jurist wie Dr. Becker eine solche Frage hier stellen konnte und daß sie damals von dem Herrn Justizminister unbeantwortet geblieben ist, zeigt, daß es notwendig ist, eine Klarstellung durch eine Beantwortung dieser Frage herbeizuführen. Auch dem will unsere Große Anfrage dienen.

Präsident:

Zur Beantwortung der Großen Anfrage hat das Wort Herr Minister des Innern Zinnkann.

Minister des Innern **Zinnkann:**

Meine Damen und Herren! Ich darf anknüpfen an das, was der Herr Abg. Dr. Ilau soeben vorgetragen hat. Ich möchte folgendes in Ihre Erinnerung zurückrufen:

Ausgangspunkt für meine Ausführungen damals bei der Aussprache über den Haushaltplan waren Äußerungen dahingehend, die Polizei koste zu viel Geld. Daran habe ich angeknüpft, habe die Kehrseite der Medaille aufgezeigt und habe dargelegt, daß die Polizei auch Geld einbringt. Das habe ich zunächst nur in einem lapidaren Satze getan. Und dann kamen die Fragen: Wo stecken denn nun diese 26 Millionen Reichsmark? Ich hatte für kurze Zeit den Saal verlassen. Als ich ihn wieder betrat, wurde mir mitgeteilt, daß schon wiederholt nach dem Verbleib dieser 26 Millionen Reichsmark gefragt worden sei. Der Herr Abg. Dr. Ilau hat soeben darauf hingewiesen, daß der Herr Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten keine Antwort auf diese Frage gegeben habe — ich weiß gar nicht, ob Herr Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten an jener Sitzung teilgenommen hat — und daß ich mich bemüßigt gefühlt hätte, noch einmal in die Debatte einzugreifen. Ich habe dann die Ausführungen gemacht, die Herr Abg. Dr. Ilau soeben zitiert hat.

Nun, meine Damen und Herren, Herr Abg. Dr. Ilau hat mich der Mühe enthoben, die Große Anfrage, die er jetzt noch einmal zitiert hat, hier vorzutragen. Sie alle kennen sie ja auch; sie ist in der Drucksache Abt. I unter der Nr. 847 abgedruckt. In der Überschrift müßte es besser heißen: „betreffend Verwendung der von der Polizei beschlagnahmten Waren". In der Drucksache heißt es: „betreffend Verwendung der durch die Grenzpolizei sichergestellten Waren". Meine Antwort auf die Große Anfrage wird sich beziehen auf die von sämtlichen Polizeisparten beschlagnahmten Waren. Und nun die Antwort:

Um die in der Großen Anfrage gestellten Fragen beantworten zu können, habe ich die Stellungnahme des Justizministeriums, des Wirtschaftsministeriums und des Landwirtschaftsministeriums eingeholt. Das mag gleichzeitig zur Erklärung dafür dienen, daß die Beantwortung sich etwas hinausgezögert hat. Im einzelnen mache ich dazu folgende Ausführungen:

Zu 1. Der von mir bei der zweiten Lesung des Haushalts meines Ministeriums erwähnte Betrag von 26 Millionen Reichsmark stellt die Zusammenfassung der Gelderträge und des geschätzten Geldwertes der Sachgüter dar, die von den Organen der Grenzpolizei, der Gendarmerie und der staatlichen Kriminalpolizei oder unter deren Mitwirkung sichergestellt worden sind. In dem Gesamtbetrage von 26 Millionen Reichsmark ist der Geldwert in Höhe von 17,4 Millionen Reichsmark für Sachgüter enthalten, die durch die Wirtschaftsprüfer des Wirtschaftsministeriums im Zusammenwirken mit Organen der staatlichen Polizei auf Grund der Verordnung über wirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen vom 18. Dezember 1945 sichergestellt worden sind mit dem Ziele, diese Sachgüter dem unerlaubten Verkehr zu entziehen und der ordnungsmäßigen Verteilung zuzuführen. Diese Sachgüter sind durch das Landeswirtschaftsamt über den Handel den Verbrauchern zugeleitet worden. Der Erlös aus dem Verkauf ist den Eigentümern zugeflossen. Sämtliche von den Organen der Polizei sichergestellten Geldbeträge und Sachgüter sind mit entsprechenden Anzeigen oder Berichten den zuständigen Justizbehörden, Wirtschaftsämtern oder Ernährungsämtern übergeben worden, da diese die weitere Verfügung im Rahmen eines gesetzlich geordneten Verfahrens zu treffen haben. Eine Eigentumsentziehung durch die Polizei ist rechtlich unmöglich. Eine Verwertung von beschlagnahmten Sachen kann grundsätzlich erst nach rechtskräftiger Einziehung erfolgen. Eine vorherige Verwertung ist jedoch zulässig.

a) allgemein, wenn Verderb oder Wertminderung drohen und sich nicht anders verhüten lassen. (Richtlinien für das Strafverfahren Nr. 103 Absatz 2);

b) bei Verbrauchsregelungsvergehen oder unerlaubtem Tauschhandel (§ 1 a KWVO) nach Anordnung des zuständigen Ernährungs- oder Wirtschafsamtes, „wenn die Entscheidung über die Einziehung wegen Gefahr des Verderbs nicht abgewartet werden kann." (§ 10 Absatz 3 VRSTVO. § 1b KWVO);

c) bei Zuwiderhandlungen gegen das Bewirtschaftungsnotgesetz auf Anordnung der „zuständigen Behörde" außer unter den Voraussetzungen zu b) auch dann, wenn die alsbaldige Verwertung der Gegenstände zur Befriedigung eines dringenden Bedarfs der Wirtschaft oder der Verbraucher erforderlich ist und keine unverhältnismäßige Schädigung der Betroffenen bedeutet.

Zu 2. Welcher Teil der hier in Frage stehenden Summe auf Grund eines gerichtlichen Urteils den Eigentümern entzogen worden ist, kann ohne eine zeitraubende und einen unverhältnismäßigen Arbeitsaufwand erfordernde Durchsicht aller in dem in Frage kommenden Zeitraum anfallenden Strafakten nicht angegeben werden. Vergleichsweise sei angeführt, daß in der Zeit vom 1. Januar 1948 bis 21. Juni 1948, dem Tag der Währungsumstellung, ein Barbetrag von mehr als 800 000 RM in Wirtschaftsstrafsachen durch gerichtliches Urteil eingezogen worden ist. Hinzu kommt der nicht besonders ermittelte, aber beträchtliche Wert der eingezogenen Sachgüter.

Zu 3. Die von den Ernährungs- und Wirtschaftsämtern erzielten Erlöse aus der Verwertung eingezogener Sachen fließen der Körperschaft zu, deren Ernährungs- oder Wirtschaftsamt die Einziehung ausgesprochen hat. Dies sind grundsätzlich die Stadt- und Landkreise. Findet jedoch eine Überleitung in das Strafverfahren statt, so fließt der Erlös aus der Verwertung der Sachen dem Staate zu. Erlöse aus der Verwertung gerichtlich eingezogener Gegenstände sind in beiden Haushaltjahren bei Einzelplan VIII Kapitel 3 Titel 3 des Haushalts (Einnahmen an Gebühren und Strafen) des Justizministeriums veranschlagt. Die vom Landeswirtschaftsamt erzielten Erlöse aus den Veräußerungen rechtskräftig eingezogener Verbrauchsgüter

oder Rohstoffe sind in den Haushaltplänen des Ministers für Wirtschaft und Verkehr für 1946/47 und 1947/48 im Einzelplan V, Kapitel 2, Titel 6, vermischte Einnahmen, enthalten.

Die Ernährungsämter B in den Landkreisen und kreisfreien Städten nehmen die Erlöse der von der Grenzpolizei sichergestellten und ihnen wegen der Gefahr des Verderbs zur sofortigen Verwertung überwiesenen Nahrungsmittel auf Verwahrkonto und überweisen die aufgelaufenen Beträge monatlich an die Amtskasse des Landesernährungsamtes Hessen. Dort werden die Beträge unter dem Kennwort „Erlöse von beschlagnahmten Lebensmitteln" bei den Verwahrgeldern gebucht. Von diesem Konto werden die Gelder nach jeweils sechs Monaten an die Staatsoberkasse Wiesbaden zur Vereinnahmung bei Einzelplan II Kapitel 10, Titel 6 "Vermischte Einnahmen der Grenzpolizei" meines Ministeriums überwiesen.

Bei den Beratungen des Haushaltausschusses ist von dem Haushaltsachbearbeiter meines Ministeriums angeregt worden, alle aus den von der staatlichen Polizei durchgeführten Beschlagnahmungen anfallenden Einnahmen im Einvernehmen mit dem Herr Minister der Finanzen auf den Haushalt meines Ministeriums in einem Sondertitel „Einnahmen aus der Tätigkeit der staatlichen Polizei" zu übernehmen, um eine Übersicht über die aus der Tätigkeit der staatlichen Polizei herrührenden Einnahmen zu gewährleisten. Die Erörterungen zu dieser Frage haben jedoch bisher wegen der erheblichen Schwierigkeiten in der Durchführung dieses Vorschlages zu keinem Ergebnis geführt.

Zu 4. Aus den Ausführungen zur Frage 1) ergibt sich, daß die Beschlagnahme und die Verwertung in einem ordnungsmäßigen und gesetzlich geregelten Verfahren erfolgt sind. Der Minister der Justiz hat durch Runderlaß vom 9. Oktober 1947 — 4333 — IIIa 2643 — die Strafverfolgungsbehörden auf die in meiner Antwort zur Frage 1 dargelegte Rechtslage hingewiesen. Dieser Runderlaß ist unter dem gleichen Datum dem Wirtschaftsministerium, dem Landwirtschaftsministerium und meinem Ministerium im Abdruck mitgeteilt worden.

Nach dem Runderlaß des Ministers für Wirtschaft und Verkehr vom 12. Oktober 1946 ist es den Wirtschaftsämtern untersagt, ohne ordnungsmäßig durchgeführte Ordnungsstrafverfahren oder gerichtliche Entscheidung über die sichergestellten Waren zu verfügen. Die mir nachgeordneten Behörden und Dienststellen der kommunalen und staatlichen Polizei habe ich durch Erlaß vom 30. April 1947 über die Behandlung sichergestellter Geldbeträge und Waren auf Grund der von dem Minister der Justiz dargestellten Rechtslage eingehend belehrt. Sollten in dem einen oder anderen Fall die diese Angelegenheit regelnden gesetzlichen Bstimmungen und die hierzu ergangenen Erlasse nicht beachtet worden sein, so trifft die Verantwortung hierfür den im einzelnen Fall zuständigen Dienststellenleiter oder den einzelnen Beamten oder Angestellten.

II. Vizepräsident **Kredel:**

Meine Damen und Herren! Sie haben die Antwort des Herrn Ministers gehört. An diese Antwort schließt sich nach § 62 unserer Geschäftsordnung eine Besprechung, wenn sie von mindestens zehn Abgeordneten gewünscht wird.

(Abg. Bleek: Wir verzichten!)

Es wird verzichtet. Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 11:**

Große Anfrage des Abg. Freidhof (Fraktion der SPD) und Genossen an den Herrn Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten betreffend Fleischversorgung

— Drucksache Abt. I Nr. 914 —

Das Wort zur Begründung der Großen Anfrage hat Herr Abg. Freidhof.

Abg. **Freidhof** (SPD):

Meine Damen und Herren! Die große Anfrage ist Mitte September, also vor ungefähr sechs Wochen eingereicht worden, zu einer Zeit, als in der Öffentlichkeit der Anschein erweckt wurde, die sieben mageren Jahre seien vorüber und wir stünden nun vor den sieben fetten Jahren. In allen Gastwirtschaften und Hotels war Fleisch ohne Marken zu erhalten, auf allen Kirchweihfesten und Jahrmärkten konnte Fleisch in Hülle und Fülle ohne Marken gekauft werden, so daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, auf die befreite Wirtschaft sei ein großer Segen gekommen und es könne nun in absehbarer Zeit jeder so viel Fleisch kaufen, wie er wolle. Wir haben bereits damals auf die Schwierigkeiten hingewiesen und haben darauf aufmerksam gemacht, daß dieses jetzt verkaufte Fleisch ein Vorgriff ist auf Fleisch, das uns später fehlen wird; denn Fleisch in so großen Mengen ist in Deutschland nicht vorhanden.

Wir mußten dann erleben, daß eines schönen Tages vom Landesernährungsamt eine Notiz in die Zeitung lanciert wurde des Inhalts, daß dem Normalverbraucher in der Zukunft 300 Gramm Fleisch zu dem festgesetzten Preis garantiert werden sollen, daß er darüber hinaus aber so viel Fleisch kaufen kann, wie er will, das Pfund zu 6 Mark, wenn er nur das Geld hat, um dieses Fleisch zu bezahlen.

(Abg. Keil: Das ist eine Provokation!)

Es ist nach meiner Auffassung eine Unmöglichkeit, in einem normalen Staat mit einer normalen Verwaltung eine derartige Ankündigung überhaupt herausgehen zu lassen. Das ist eine Beleidigung für alle ärmeren Normalverbraucher, die einfach nicht in der Lage sind, sich dieses Fleisch zu 6 Mark das Pfund zu kaufen.

Nun können wir ja sagen; Das Wirtschaftsamt in Frankfurt, das für diese Zustände verantwortlich ist, hat zwei schallende Ohrfeigen erhalten. Der Kabinettsbeschluß der hessischen Regierung stellt fest, daß die Versorgung auf dem Gebiet der Ernährung vor dem Zusammenbruch steht.

(Hört, hört! bei der SPD)

Gestern mußten die Zeitungen Hessens auf Wunsch der Militärregierung ein Schreiben der beiden Militärkommandanten der britischen und der amerikanischen Zone veröffentlichen, in dem erklärt wird, daß die Militärregierungen es nicht zulassen können, daß ein begrenzter Kreis, der über genügend Geld verfügt, sich einen größeren Anteil an den Lebensmitteln sichert, als ihm zusteht. Es ist eine bedauerliche Erscheinung, daß sich die deutsche Verwaltung von den Amerikanern sagen lassen muß, daß eine solche Ungerechtigkeit nach ihrer Auffassung in Deutschland nicht Platz greifen kann.

(Abg. Arnoul: Sehr richtig!)

Ich habe vor acht Tagen darauf hingewiesen, daß wir in Deutschland nicht a l l e a r m geworden sind, sondern daß nach der Währungsreform zwar der größte Teil noch ärmer geworden ist, daß aber ein erheblicher Prozentsatz bereits wieder über mehr D-Mark verfügt als vorher über Reichsmark. Dieser Kreis ist in der Lage, das Fleisch zu erhöhten Preisen zu kaufen.

Freidhof

In unserer Großen Anfrage ist darauf hingewiesen worden, daß die Fleischversorgung besorgniserregende Formen annimmt, und wir erleben es gegenwärtig, daß in einer Reihe von Städten seit Wochen auf normalem Wege kein Fleisch zu haben ist,

(Abg. Knothe: Sehr richtig!)

das heißt es ist auf dem normalen Wege für die Inhaber von Fleischmarken nicht zu haben. Auf der anderen Seite aber — das steht in der Großen Anfrage —, ist noch nie so viel schwarz geschlachtet worden wie jetzt.

(Abg. Heißwolf: Sehr richtig! — Abg. Arnoul: Und dieses Fleisch ist auch nicht untersucht worden!)

Vorhin erst hat der Herr Ministerpräsident sehr eindringlich auf die Steuersünder hingewiesen. Ich behaupte, daß alles schwarz geschlachtete Vieh der Besteuerung nicht zugeführt, daß der Staat hier um die Steuer betrogen wird. Der normale Eingang zum Metzgerladen ist heute nicht mehr von der Straße aus, sondern vom Hof aus, weil eben nur solches Fleisch verkauft wird, das nicht der Bewirtschaftung unterliegt, weil es schwarz geschlachtet worden ist. Wenn die Dinge so weitergehen, dann, meine Damen und Herren, sollte uns Stuttgart ein Menetekel sein.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Man kann die Arbeiterschaft eine Zeitlang zufriedenstellen, man kann sie aber so auf die Dauer nicht zufriedenstellen.

(Abg. Dr. Steinmetz: Aufhetzen!)

— Man braucht sie nicht aufzuhetzen. Es liegt schon eine große Aufhetzung darin, wenn amtlich verkündet wird: 300 Gramm Fleisch bekommt der Normalverbraucher, und jeder andere kann, wenn er will, sich Fleisch für 6 Mark das Pfund kaufen, wenn er nur das Geld dazu hat. Wenn Fleisch vorhanden ist, muß es gerecht verteilt werden. Das Ausland — das möchte ich ganz offen aussprechen —, wenn wir es um Lebensmittel anbetteln, wird es nicht verstehen, daß wir mit unseren Lebensmitteln, die wir im eigenen Lande haben, ein solches Schindluder und eine solche Mißwirtschaft treiben.

Ich habe in der Großen Anfrage insbesondere darauf hingewiesen, daß eine Preisregelung erfolgen muß, die sowohl dem Bauer als auch dem Verbraucher gerecht wird.

Der Herr Landwirtschaftsminister wird nachher auf unsere Große Anfrage antworten. Ich habe in der Presse gelesen, daß auch er den Wirtschaftsrat in Frankfurt für diese Zustände verantwortlich macht.

(Zuruf von der SPD: Seine Parteifreunde! Steinmetz und andere!)

Um das mit aller Deutlichkeit zu sagen: Wir legen keinen Wert auf die Zwangswirtschaft. Wir haben die Zwangswirtschaft nicht eingeführt, sondern sie ist in einer Zeit eingeführt worden, als die Sozialdemokratische Partei verboten gewesen ist.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Aber wir wünschen nicht, daß die Wirtschaftsfreiheit in einer solchen Weise durchgeführt wird, daß jeder machen kann, was er will, ohne daß Rücksicht genommen wird auf die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung. Wir haben davor gewarnt, die freie Wirtschaft in einem Zuge und in einer Weise einzuführen, die zur Katastrophe und zur Anarchie führen muß. Das zu erkennen, dazu ist es, glaube ich, nicht notwendig, daß man Professor ist. Ein Schuljunge konnte voraussagen, daß das nicht gut gehen kann.

(Sehr gut! bei der SPD)

Ich will in diesem Zusammenhang eine andere Frage behandeln. Es scheint uns unmöglich zu sein, mit der Verfolgung der Schwarzhändler die Gerichte zu beauftragen, die erst in einem halben oder einem ganzen Jahre dazu kommen, die Täter zu verurteilen, wenn sie nicht gar dem Schwarzschlächter noch recht geben. Das ist ein ganz unmöglicher Zustand. Wenn Schwarzschlachtungen stattgefunden haben, so muß die Strafe unmittelbar darauf folgen, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen.

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich noch darauf hinweisen, daß das Landesernährungsamt in Frankfurt sich die Sache sehr leicht macht. Nachdem die gegenwärtigen Schwierigkeiten entstanden sind, wird zum zweiten Mal eine Maßnahme durchgeführt, die schon einmal vor einem oder eineinhalb Jahren im Norden Hessens eine starke Erregung ausgelöst hat. Im Norden des Landes wurde die Bewirtschaftung strenger gehandhabt als im Süden. Als die Bewirtschaftung vor dem Zusammenbruch stand, hat man das Ernährungsamt in Kassel aufgehoben und die Unsicherheit des Südens auf den Norden übergreifen lassen. Jetzt, wo die Fleischversorgung in Unordnung ist, hat das Landesernährungsamt acht Landkreise aus dem Erfassungsgebiet von Kassel herausgenommen und auf diktatorische Weise dem Landesernährungsamt in Frankfurt unterstellt. Wir müssen uns gegen eine solche Maßnahme wenden, da sie der Allgemeinheit nicht zum Segen gereichen wird. Die Mißwirtschaft, die hier bestanden hat, ist dadurch nur auf andere Gebiete übertragen worden.

Wir sind der Meinung, daß strengste Maßnahmen durchgeführt werden müssen, um eine gerechte Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

II. Vizepräsident **Kredel:**

Zur Beantwortung der Großen Anfrage hat das Wort Herr Minister Lorberg.

Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten **Lorberg:**

Meine Damen und Herren! Ehe ich die Große Anfrage der Fraktion der SPD beantworte, möchte ich auf die Ausführungen, die der Herr Abg. Freidhof gemacht hat, näher eingehen. Herr Abg. Freidhof führte zu Anfang aus, daß nach den sieben mageren Jahren nun die sieben fetten Jahre kommen möchten.

(Abg. Freidhof: Es wurde der Anschein erweckt, als ob sie kämen!)

— Der Anschein wurde erweckt, daß sie kommen würden. Ich glaube, Sie alle, die Sie hier versammelt sind, wissen so gut wie ich,

(Abg. Fischer: Daß sie nicht kommen!)

daß die Fleischversorgung in Hessen der größte Engpaß ist. Wir sind auf Bayern angewiesen. Die hessische Landwirtschaft hat sich bis aufs äußerste angestrengt, das Liefersoll für das Vieh zu erfüllen. Es ist sogar von der Militärregierung festgestellt worden, daß wir seinerzeit über das Maß, das uns auferlegt wurde, hinaus Vieh abgeschlachtet haben, lediglich um die Fleischversorgung soweit wie möglich sicherzustellen. Daß der Berufsstand der Bauern das bis zur Währungsreform noch fertiggebracht hat, darüber müssen wir uns doch wohl wundern.

(Sehr gut! bei der CDU)

Auf der anderen Seite wissen Sie alle so gut wie ich — das ist auch in der letzten Kabinettsitzung zum Ausdruck gekommen —, daß bei den Preisen, wie sie vorher waren, kein Bauer, auch nicht der kleinste, der nur auf eigene Arbeitskräfte angewiesen ist, weder

existieren noch überhaupt seine Wirtschaft am Leben erhalten konnte. Wenn seitens der bizonalen Verwaltung auf unsere Bitte, auf diesem Gebiet Ordnung zu schaffen, bis vor wenigen Wochen trotz dauernder Mahnungen nichts geschehen ist, dann liegt es nicht an uns im Lande Hessen, am Landesernährungsamt oder an den Bauern, daß diese Zustände eingetreten sind.

(Abg. Arnoul: An wem liegt es denn?).

— Gestatten Sie, Herr Abg. Arnoul; wenn nun bei den Verhandlungen im Länderrat in Stuttgart über die Fleischversorgung alle politischen Parteien, die vertreten waren, für die Aufspaltung des Marktes und für den sogenannten Luxusmarkt gestimmt haben, ich aber n i c h t dafür gestimmt habe, so möge Ihnen das ein Beweis dafür sein, daß ich gewußt habe, wohin die Karre ging. Alle Vertreter, auch die Vertreter Ihrer Fraktion (zur SPD), haben dafür gestimmt, doch den freien Markt einzuführen und den Markt aufzuspalten, außer den Vertretern von Hannover und Hessen.

(Hört, hört! bei der CDU)

Als praktischer Landwirt war ich mir über die Folgen im klaren, und ich glaube auch an dieser Stelle aussprechen zu dürfen, daß ich immer bestrebt gewesen bin, dafür zu sorgen, daß auch die Leute in der Stadt etwas bekommen.

(Sehr richtig! bei der CDU — Zuruf von der SPD: Großartig!)

Mir war klar, daß ich den Leuten in der Stadt die 400 Gramm Fleisch garantieren muß. Aus diesem Grunde habe ich gegen diesen Plan der Aufspaltung des Marktes mit der überhöhten Spitze gestimmt. Ich möchte Ihnen von Verhandlungen berichten, von denen Sie bestimmt auch gehört haben, die noch in später Nachtstunde gepflogen worden sind, wo Vertreter aus Hannover, Metzgermeister und Viehhalter aus Hameln zugegen waren, die verlangten, daß ihre Endspanne von 16 auf 25 Prozent erhöht werde. Ich habe mich dagegen am meisten gewehrt. Daran mögen Sie ermessen, wie wir darum gekämpft haben, das Notwendige zu erfassen.

Wenn auf allen Kirchweihen und sonstigen Vergnügungen Fleischgerichte verabreicht wurden, so haben wir alles getan, um das abzustellen. Es sind genug Metzgerbetriebe und Gaststätten scharf zur Rechenschaft gezogen worden. Wenn die Justiz nicht schneller arbeitet, dann ist das nicht die Schuld des Landwirtschaftsministeriums.

Ich habe in einer Länderratsbesprechung, bei der Professor Erhard zum ersten Mal zugegen war, zu ihm als Bauer gesprochen. Weil er vorher davon gesprochen hatte, daß die Preise in der Industrie Kalkulationspreise seien, die gezahlt werden müßten, habe ich ihm das Beispiel entgegengehalten: Wenn eine Mistgabel früher 1,20 Mark gekostet hat und heute kostet sie 6 bis 7 Mark, so ist der Bauer nicht in der Lage, seine Erzeugnisse zu den Pfennigen zu verkaufen, die er früher dafür bekommen hat.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Ferner habe ich ihm erklärt: Wenn die Landwirtschaft ihre Kalkulationspreise fordert und noch den Faktor Wetter mit 30 Prozent hinzurechnet, dann kann sie für die Preise, die der Wirtschaftsrat für das Vieh festgesetzt hat, nicht ein einziges Stück Vieh verkaufen. Hinzu kommt zu alledem die Lockerung auf dem Gebiet der Schlachttierbestände, das heißt der Einfuhr von Zuchtvieh. Herr Abg. Freidhof, auch aus dem Kasseler Gebiet bekommen wir nur Z u c h t v i e h nach Frankfurt.

(Abg. Freidhof: Natürlich!)

Dort wollen sie gar kein anderes Vieh verkaufen, weil sie mit den Groschen, die sie für das Schlachtvieh erhalten, nicht existieren können. Wir haben versucht, auf der bizonalen Ebene aus Norddeutschland Vieh zu bekommen, weil wir wußten, daß die Weiden in Norddeutschland nur schwach besetzt sind und in Husum das Vieh wegen Futtermangel abgetrieben werden mußte. Davon habe ich mich in Schleswig persönlich überzeugt. Deshalb hofften wir, aus den dortigen Gebieten Vieh nach Frankfurt a. M. zu bekommen. Leider haben wir uns getäuscht, denn diese Zuchttiere, die man anfangs für 800 Mark kaufen konnte, kosteten nach der Geldumstellung 1400 und 1600 DM.

(Hört, hört! bei der SPD)

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich Sie bitten, einmal dafür einzutreten, daß man nicht noch mehr Händler auf allen Gebieten zuläßt und daß man den Leuten, die handeln, die Spanne beschneidet, und nicht immer auf dem Bauer herumhaut.

(Sehr gut! bei der SPD und CDU)

Das hat dazu geführt, daß wir heute in diesen Engpaß geraten sind, aus dem wir kaum wieder herauskommen. Sie haben ja selbst gelesen, was Herr Schlange-Schöningen gesagt hat. Ich kann Ihnen versichern, daß wir alle, sämtliche Länderminister, bemüht gewesen sind, alles daranzusetzen, wieder straffer zu erfassen. Dazu brauchen wir die Hilfe des ganzen Landes. Wenn wir nun am letzten Sonnabend in der Stadt Offenbach feststellen mußten, daß bei sämtlichen Metzgern, die angeblich kein Fleisch hatten, Fleisch vorhanden war, und einer — ich möchte den Namen nicht nennen —

(Abg. Wagner: Ein Obermeister; nennen Sie ihn nur!)

— ein Obermeister, wird hier gesagt — 80 Pakete für die einzelnen Kunden fertig liegen hatte, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, da uns durch Etatkürzung die Fingernägel so beschnitten worden sind, daß wir den Dingen nicht mehr so nachgehen können, wie wir es vorher gewohnt waren.

(Abg. Wagner: So man das tut am grünen Holz, was soll am dürren werden? — Abg. Knothe: Die Betriebe schließen!)

Wir haben jetzt sämtliche Betriebe, die schwarz geschlachtet oder die derartige Vergehen sich haben zuschulden kommen lassen, sofort geschlossen, und ich sage Ihnen auch ganz offen, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, wenn bei der heutigen Fleischversorgung in Höhe von 10 Prozent des früheren Verbrauchs in einem kleinen Städtchen noch 16 Metzger sind. Dann ist es nicht anders möglich, als zehn Metzgern vorläufig den Laden zu schließen, oder sie müssen sich auf ein anderes Gebiet begeben. Das ist teilweise geschehen, da sie doch leben wollen, trotz der geringen Zuteilung von Vieh.

Wenn nun von Ihnen darauf hingewiesen wurde, Herr Abg. Freidhof, daß wir aus dem Kasseler Bezirk acht Kreise herausgenommen haben, dann mußten wir das tun, um in die südlichste Ecke von Hessen, nach Wiesbaden und Frankfurt, auch etwas Fleisch zu bekommen.

(Sehr richtig!)

Kurhessen ist nun einmal in jeder Beziehung Fleischkammer und auch Butterkammer, und wir können es nicht zulassen, daß allein in der einen Ecke Wohlstand herrscht

(Abg. Catta: „Wohlstand" ist wohl etwas übertrieben!)

und in der anderen Ecke nicht.

(Abg. Freidhof: Auch Kassel hat ja kein Fleisch!)

Minister Lorberg

— Ich weiß, daß es zur Zeit kein Fleisch hat. Das ist daher gekommen, daß auf jedem Gebiet eine Lockerung eingetreten ist, und ich frage Sie alle, und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Weg weisen könnten, wie man das schnell wieder in Ordnung bringen kann. Das Kabinett hat sich in seiner letzten Sitzung von Mittag bis Abend damit befaßt. Sie haben ja aus der Zeitungsnotiz heute morgen ersehen, wie ernst ich die Sache genommen habe und wie ernst ich sie auch für die Zukunft nehme. Eines möchte ich Ihnen sagen: Kein Wirtschaftler in der Landwirtschaft kann, wenn er auf gerechtem Wege bleiben will, zukünftig seine Wirtschaft, und wenn sie noch so klein ist, am Leben halten. Ich bin bereit, in jeder Beziehung den Beweis dafür anzutreten.

(Abg. Göbel und Abg. Catta: Das glaube ich nicht!)

— Das glauben Sie nicht? Ich spüre das am eigenen Leibe.

Wenn wir an Stuttgart denken, dann möchte ich von dieser Stelle aus, was ich so oft schon getan habe, meine Berufskollegen aufrufen, doch diese Vorfälle zu berücksichtigen und wieder zur Ordnung zurückzukehren. Es geht nicht an, wie dies in Amerika üblich ist, daß der Staat subventioniert. Darüber wissen wir alle Bescheid, daß in Amerika die Landwirtschaft mehr denn je subventioniert wird. Das ist bei uns ein Ding der Unmöglichkeit, das weiß jedes kleine Kind. Aber man muß auch dafür eintreten, daß das, was der Bauer zum Leben und zur Fortführung der Wirtschaft unbedingt braucht, zu einem Preis geliefert wird, der ihm das Wirtschaften ermöglicht. Ich will Ihnen das an einem Beispiel zeigen: Wenn Sie heute in der Landwirtschaft einen gummibereiften Wagen haben, der gefedert ist und keine Vorrichtung hat, um von Pferden gezogen zu werden, dann kostet dieser Wagen pro Tag über eine Mark Steuer. Sie brauchen zum Beispiel diesen Wagen, um Milch zur Molkerei zu fahren. Dazu brauchen Sie einen gefederten Wagen. Ich verstehe nicht, warum der Bauer, der seine Milch gut an die Molkerei bringen will

(Abg. Wagner: Damit sie nicht vorher zu Butter wird!)

und dafür sorgt, daß das Fett nicht aus den Kannen herausspritzt — denn so dicht schließen die Kannen nicht —, dafür nun extra Steuer zahlen muß.

(Abg. Wagner: Warum stellen Sie nicht einen Antrag beim Finanzminister?)

— Das habe ich die ganze Zeit versucht; ich bin aber noch nicht durchgekommen.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Dies alles, was ich Ihnen eben geschildert habe, hat dazu geführt, daß die Bauern teilweise müde geworden sind — das gilt für den kleinsten wie für den größten —, für das gebotene Geld ihr Vieh abzuliefern. Wenn dann Metzger da sind, die sagen: Jawohl, wir sind bereit, bis 1 DM pro Pfund Lebendgewicht zu zahlen, um die 400 gr Fleisch für den Normalverbraucher zu den jetzt neu festgesetzten Preisen zu sichern, so verstehe ich nicht, daß es dann noch Metzger gibt, die es wagen, das Fleisch schwarz für 4, 5, 6 DM und noch höher zu verkaufen. Da nun Abhilfe zu schaffen, steht nicht allein in meiner Kraft.

(Abg. Wagner: Sehr richtig!)

Dazu benötigt man einen großen Aufwand an Polizei und noch mehr Leute, um das abzudämmen, da fast jeder Bewohner mitmacht.

(Lebhaftes „Sehr richtig" bei SPD, CDU und LDP)

Meine Damen und Herren! Ich könnte noch stundenlang darüber sprechen und bin gern bereit, um Ihre Zeit nicht länger in Anspruch zu nehmen, einmal im Ausschuß darüber Auskunft zu geben.

Ich möchte aber zu der Anfrage des Herrn Abg. Freidhof noch einiges erklären:

Sie wissen, daß nach Durchführung der Währungsreform der Verkehr mit Zucht- und Nutzvieh eine gewisse Lockerung erfahren hat. Die Aufhebung von Preisbindungen in der gewerblichen Wirtschaft hat besonders auf die Landwirtschaft Auswirkungen gehabt, die sich nachteilig auf die Aufrechterhaltung der ernährungswirtschaftlichen Ordnung auswirken mußten. Besonders davon betroffen wurde der Sektor Vieh und Fleisch, bei dem an sich der größte Engpaß besteht.

Um die erforderliche Ordnung wieder herzustellen, wurde der Verkehr mit Zucht- und Nutzvieh in Hessen geregelt, insbesondere werden für den Transport dieser Viehgattungen nur auf jeweils einen Tag beschränkte Begleitscheine ausgegeben, die ein Kontrolle und Überwachung ermöglichen. Da unter der Bezeichnung Zucht- und Nutzvieh viele Schlachtviehverkäufe getätigt worden sind, ist zur Wiederherstellung der Ordnung auf dem Gebiete Vieh und Fleisch der Verkehr mit Zucht- und Nutzvieh mit Ausnahme des Verkehrs über zugelassene Absatzveranstaltungen bis zum 31. Oktober verboten. Durch diese Maßnahme, sowie durch verschärfte Überwachung der Viehtransporte soll versucht werden, illegale Schlachtungen, auch in den DP-Lagern, mindestens zu erschweren.

Das Vieh-Liefersoll der einzelnen Kreise wurde in monatliche Ablieferungsquoten aufgeteilt. Jeder Kreis erhielt eine Ablieferungsauflage, aus der die eigene Aufbringung, der eigene Bedarf und der anfallende Überschuß ersichtlich ist. Der Überschuß wird nach bestimmten Märkten gelenkt. Es wurde außerdem angeordnet, daß Schlachtungen im Kreis erst nach Erfüllung der Lieferungen an die IRO — hierbei handelt es sich um eine Weisung der Militärregierung — erfolgen dürfen und daß, wenn die übergebietlichen Lieferungen nach den bezeichneten Schlachtviehmärkten nicht oder nicht in vollem Umfang erfolgen, bis zu deren Erfüllung die Schlachtungen im Kreis auf Anordnung ausgesetzt werden müssen. Mit der Fleischerinnung wurden Absprachen getroffen, damit sich das Gewerbe voll an die geltenden Bewirtschaftungsvorschriften hält. Ebenso wurde das Gaststättengewerbe auf die Notwendigkeit der Einhaltung der Bewirtschaftungsvorschriften hingewiesen. Bereits seit dem 1. Oktober 1948 erfolgen durch Fachprüfer sowie durch die Landesprüfstellen laufend Überprüfungen von Gaststätten und Fleischereibetrieben hinsichtlich der Innehaltung der geltenden Bewirtschaftungsvorschriften. Im Verlauf dieser Prüfungen wurde eine Reihe von Betrieben wegen Verstößen geschlossen. Es wird nach Absprache mit der Preisüberwachung und mit den Justizbehörden eine Sonderprüfung durchgeführt, die sich nach Vereinbarung zwischen den Ländern auf das gesamte vereinigte Wirtschaftsgebiet erstrecken soll und die am 1. November 1948 beginnen wird.

Zur Sicherstellung der Ablieferung werden Schlachtgenehmigungen an Selbstversorger nur dann erteilt, wenn die quotenmäßige Erfüllung des Getreide- und Viehablieferungs-Solls nachgewiesen wird. Es wird meinerseits jede nur mögliche Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Gebiete Vieh und Fleisch getroffen werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU! — Abg. Keil: Es gibt also doch kein Fleisch! — Abg. Dr. Steinmetz: Der Herr Abg. Keil bringt es aus Pommern!)

II. Vizepräsident **Kredel:**

Meine Damen und Herren! Wir haben die zu Herzen gehenden Worte des Herrn Ministers gehört. Ich glaube, es ist nicht richtig, jetzt noch Zwischenrufe dazu zu machen.

Wenn Sie eine Besprechung wünschen, bitte ich Sie, sich entsprechend § 62 unserer Geschäftsordnung zu melden. Wer ist für eine Besprechung.

(Es melden sich sieben Abgeordnete der Fraktion der KPD; einige von ihnen haben eben erst den Saal betreten — Abg. Dr. Steinmetz: Klingeln Sie erst einmal! — Abg. Keil: Es sind noch einige draußen!)

— Ich glaube nicht, daß es nötig ist zu klingeln. Wer nicht so viel Interesse hat, daß er sich die Begründung und Antwort anhört, braucht auch nicht an der Abstimmung teilzunehmen. — Die Besprechung ist abgelehnt.

Wir kommen zu **Punkt 12** der Tagesordnung:

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU betreffend Vorlage des Entwurfs einer Bezirksordnung

— Drucksache Abt. I Nr. 876 —

Zur Begründung hat das Wort Herr Abg. Dr. Wagenbach.

Abg. **Dr. Wagenbach** (CDU):

Meine Damen und Herren! Für die Stellung dieses Antrages sind für uns als Fraktion der CDU einige Überlegungen grundsätzlicher Art maßgebend gewesen, Überlegungen, die sich aus den derzeitigen Zuständen und den praktischen Notwendigkeiten ergeben haben. Sie wissen, daß der Artikel 137 unserer Verfassung unseren Gemeinden das Recht der Selbstverwaltung gibt. Das gleiche Recht gilt für die Gemeindeverbände, das heißt für die Bezirkskommunalverbände. Wir haben bei uns in Hessen zwei Bezirkskommunalverbände, einen für den Bezirk Wiesbaden und einen für den Bezirk Kassel. Ich darf Sie, meine Damen und Herren, in Ergänzung und zur Begründung unseres Antrages nur kurz auf die Eigenart dieser beiden bestehenden Bezirkskommunalverbände hinweisen. Sie wissen, daß sie geschaffen wurden durch ein Gesetz vom Jahre 1885 und daß im Rahmen der damals beschlossenen Provinzialordnung auch den Bezirkskommunalverbänden die rechtliche Grundlage gegeben wurde. Die Organe dieser beiden Bezirkskommunalverbände waren der Landesausschuß, der Landeshauptmann und die Landeskommission und als Volksvertretung trat auf der Kommunallandtag.

Wir haben es hier mit einem ausgesprochenen Organ der Selbstverwaltung zu tun. Praktisch wurde diese Selbstverwaltung durch die Nationalsozialisten zerschlagen, und zwar durch das Gesetz über die Erweiterung der Befugnisse der Oberpräsidenten vom 15. Dezember 1933. Hierdurch wurden den Organen dieser bezirklichen kommunalen Selbstverwaltung die Aufgaben entzogen und die Zuständigkeit auf die Oberpräsidenten übertragen. Man ging dann einen Schritt weiter und beseitigte durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom Jahre 1934 auch die Volksvertretung, den Kommunallandtag.

Das ist der Zustand, den wir 1945 vorfanden. Wir haben uns dann, meine Damen und Herren, mit einer Notlösung abfinden müssen. Wir haben 1946 sogenannte Landeskommunalausschüsse geschaffen. Diese wurden berufen; über die Dauer der Berufung hat man nichts festgelegt. Ebenso ist auch nichts festgelegt über den Umfang ihrer Zuständigkeit. Nun gilt es, meine Damen und Herren, diesen Zustand, den wir drei Jahre hin-

genommen haben, in eine einigermaßen gesetzliche Bahn zu lenken.

Wir lassen uns bei unserem Antrag im wesentlichen von zwei Gesichtspunkten leiten. Man könnte uns einwenden, meine Damen und Herren, das sei eine Angelegenheit, die im Rahmen der Verwaltungsreform mit zu erledigen sei.

(Abg. Wagner: Jawohl!)

Weil wir aber der Meinung sind — diese Frage ist heute morgen bei den anderen Beratungen durchgeklungen —, daß es damit noch eine Weile dauert, haben wir diesen Antrag eingebracht.

(Abg. Keil: So glauben auch Sie nicht daran?)

— Wir glauben schon daran, aber im Hinblick auf die Kompliziertheit dieser Dinge, für die man sich wirklich Zeit nehmen muß, um ein Gefüge zu schaffen, das Bestand hat, sind wir der Überzeugung, daß es noch geraume Zeit dauern wird, bis man mit konkreten Vorschlägen kommen kann. Es ergibt sich daraus für uns auf der anderen Seite aber doch die Notwendigkeit, hier vorübergehend eine neue Regelung zu finden. Wir sehen auch die Hauptaufgabe der Verwaltungsreform darin, daß sie eine sinnvolle und neue Gliederung der öffentlichen Verwaltung bringen muß, und wir möchten auch hier, wenn wir ein Teilgebiet herausnehmen, nicht an den Zuständigkeiten, wie sie heute gegeben sind, rütteln. Wir möchten aber ebenso hier eine Grundlage gelegt wissen, auf der man weiter bauen kann. Es gilt bei dieser Gliederung gleichzeitig auch die einzelnen Befugnisse klar abzugrenzen.

Dann ist für uns bei der Stellung des Antrages ein zweiter Gesichtspunkt maßgebend gewesen, und das ist dieser: Es gilt in einem demokratischen Staat in erster Linie das Grundprinzip, auf dem die Selbstverwaltung ruht, in allen Selbstverwaltungskörperschaften zur Geltung zu bringen. Dieses Prinzip der Selbstverwaltung, dieses Grundprinzip ist nämlich dies, daß in all den Organen, die die Selbstverwaltung verkörpern, Menschen tätig sind, die auf Grund einer Wahl in ihr Amt gekommen sind. Wir möchten auch meinen, daß man den Zustand — wir, die wir in den Landeskommunalausschüssen tätig sind, fühlen uns nicht recht wohl in unserer Haut — ändern müßte; wir möchten lieber tätig sein auf Grund eines Votums des Volkes oder der Körperschaft, das uns das Recht gibt, in diesen Gremien mitzuwirken. Nachdem schon dreieinhalb Jahre hinter uns liegen und mehrere Wahlen stattgefunden haben, die den Ausdruck des Volkswillens darstellen, sind wir der Meinung, daß man auch hier dieses Prinzip zur Geltung bringen sollte.

(Beifall bei der CDU)

So viel meine Damen und Herren zur Begründung unseres Antrages. Wir bitten das Hohe Haus, unseren Antrag dem Kommunalpolitischen Ausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen.

(Beifall)

II. Vizepräsident **Kredel:**

Es ist gestern im Ältestenrat beschlossen worden, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache dem Kommunalpolitischen Ausschuß zu überweisen. Einsprüche höre ich nicht. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 13** der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der LDP betreffend Schaffung von Heimen für Studierende

— Drucksache Abt. I Nr. 938 —

Das Wort zur Begründung hat Herr Abg. Gaul.

Abg. **Gaul** (LDP):

Meine Damen und Herren! Dieser Antrag, Drucksache Abt. I Nr. 938, ist aus Überlegungen entstanden, die besonders nach dem 20. Juni 1948 angestellt wurden, daß es nötig sei, den Studierenden in irgendeiner Form zu helfen. In der Universitätsstadt Marburg befinden sich einige Gebäude, deren Besitzer studentische Vereinigungen und Verbände sind, die heute noch von amerikanischen oder deutschen Dienststellen benutzt werden. Wir möchten unsere Regierung bitten, mit der amerikanischen Militärregierung mit dem Ziel ins Gespräch zu kommen, diese Gebäude ihren Besitzern wieder zu überlassen, damit sie darüber verfügen können. So würden den Studierenden, besonders den heimatvertriebenen, Unterkunfts- und Wohnräume gegeben werden können. Bitte, stimmen Sie diesem Antrag zu.

II. Vizepräsident **Kredel**:

Es ist gestern im Ältestenrat beschlossen worden, den Antrag ohne Aussprache dem Kulturpolitischen Ausschuß zu überweisen. Einspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 14** der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der KPD betreffend Streichung von 70 Prozent der Festkonten anläßlich der Währungsreform

— Drucksache Abt. I Nr. 939 —

Zur Begründung hat das Wort Herr Abg. Willmann.

Abg. **Willmann** (KPD):

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist nicht erforderlich, unseren Antrag ausführlich zu begründen; er spricht für sich selbst. Wir wollen hier in diesem Hause durch unseren Antrag die Veranlassung geben, daß zu dem Problem der Streichung der Festkonten Stellung genommen wird. Wir wissen, daß bereits von anderer Seite auf das letzte Gesetz der Militärregierung, bezüglich einer nochmaligen Streichung der Festkonten, schon in weitgehendem Maße reagiert worden ist. Wir wissen, daß in anderen Landtagen dazu schon gesprochen wurde, und es ist uns bekannt, daß vom Haushaltausschuß des Landtags Nordrhein-Westfalen einstimmig ein Antrag angenommen worden ist, der dahin geht, der Militärregierung gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß es für uns als Deutsche untragbar ist, daß man nun auch die letzten fünf Prozent derjenigen, die noch ein Restguthaben auf ihrem Sparkassenkonto hatten, zu 70 Prozent wegsteuert. Wir glauben, daß wir als Deutsche die Pflicht haben, der Militärregierung gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß wir eine Wegsteuerung in dieser Form nicht durchgeführt sehen wollen und daß wir es für untragbar halten, daß man glaubt, mit solchen Maßnahmen die deutsche Wirtschaft sanieren und die Existenz des deutschen Volkes sicherstellen zu können.

Wir sind damit einverstanden, daß unser Antrag Nr. 939 ohne Aussprache dem Haushaltausschuß überwiesen wird.

II. Vizepräsident **Kredel**:

Wortmeldungen liegen nicht vor. Von den Antragstellern ist vorgeschlagen worden, den Antrag Drucksache Abt. I Nr. 939 dem Haushaltausschuß zu überweisen. Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 15**:

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der KPD betreffend den ehemaligen Präsidenten des Landesernährungsamtes Dietz

— Drucksache Abt. I Nr. 948 —

Zur Begründung hat das Wort der Herr Abg. Keil.

Abg. **Keil** (KPD):

Meine Damen und Herren! Wir haben uns im Laufe der heutigen Sitzung mit einer Kategorie von Menschen beschäftigt, die ihre Pflicht nicht erfüllt haben. In dem Falle, auf den sich unser Antrag bezieht, handelt es sich um eine Person, die nach unserer Meinung nicht nur nicht ihre Pflicht erfüllt, sondern die sich in einer Form gegen ihre Dienstpflichten vergangen hat, über die auf Grund des von uns gestellten Antrags heute gesprochen werden soll. Die Fraktion der KPD hat ihren Dringlichkeitsantrag eingebracht, um erneut Stellung zu nehmen zu einem Verhalten, das in der Vergangenheit den Eindruck erweckt hat, als ob man über die Vergehen des Herrn Dietz den Mantel des Vergessens breiten wolle. Die Fraktion der KPD versucht nun schon seit dem Jahre 1945 mit der Regierung zu einer Aussprache über den Fall Dietz zu gelangen. Wir haben seinerzeit versucht, mit dem damaligen Ernährungsminister ins Gespräch zu kommen. Wir haben immer wieder Anfragen eingebracht und bestimmte Anträge gestellt mit dem Ziele, diese Dinge in der Öffentlichkeit zu besprechen, weil wir es für notwendig hielten, diese Eiterbeule aufzustechen. So haben wir zum Beispiel unter dem 14. Januar 1948 einen ausführlichen Brief an den Ernährungsminister gerichtet, in dem wir zum Ausdruck gebracht haben, daß es unmöglich ist, daß ein Mann, der eine staatliche Funktion ausübt, nebenher noch bestimmte wirtschaftliche Interessen vertritt. Damals wurde uns geantwortet, dieser Präsident des Landesernährungsamtes, Herr Dietz, sei das beste Pferd im Stalle.

(Abg. Fisch: Im Stalle Häring!)

— Das war damals der Stall Häring. Unterdessen hat sich nun aber doch herumgesprochen, daß es sich bei diesem „besten Pferde" um einen Ackergaul handelte, der auf dem schnellsten Wege verschwinden mußte.

Unter dem 6. Januar 1947 haben wir in einem Antrage verlangt, es möge ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden, der sich mit dem Material befassen sollte, das von uns sämtlichen Fraktionen und auch der Regierung zugeleitet worden war. Wir haben es dann erleben müssen, daß uns mitgeteilt wurde, man könne in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen, deshalb nämlich nicht, weil Tags darauf auf Veranlassung des Herrn Justizministers eine entsprechende Untersuchung eingeleitet würde. Das Ergebnis dieser Untersuchung allerdings liegt bis heute noch nicht vor. Es wurde nur ganz allgemein davon gesprochen; konkrete Unterlagen aber sind nicht bekannt geworden.

Der Ernährungspolitische Ausschuß hat dann am 25. Februar 1948 beschlossen, es solle in der nächsten Sitzung des Landtags am 8. März 1948 die Regierung in der Angelegenheit Dietz, des „besten Pferdes im Stalle", eine Erklärung abgeben. Diese Erklärung der Regierung ging dahin, wie ich es bereits erwähnte: es könne in ein schwebendes Verfahren nicht eingegriffen werden.

Inzwischen sind dann die Dinge ruhig weiter gelaufen, und wir haben es dann erlebt, daß Herr Dietz selber die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich beantragt hat. Jetzt bringt die Presse die Mitteilung, die Angelegenheit unterstehe der Zuständigkeit des Ernährungsministers, und wir erfahren durch die Presse aus dem Munde des Herrn Ernährungsministers,

daß Herr Dietz im Juni dieses Jahres aus seinem Amt ausgeschieden ist.

(Abg. Fisch: So etwas nennt man christliche Nächstenliebe!)

Gleichwohl halten wir es, nachdem neue Untersuchungsergebnisse vorliegen, für dringend erforderlich, daß unser Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wieder aufgegriffen wird. Denn unterdessen hat sich herausgestellt, daß die Kommunisten wieder recht behalten haben.

(Heiterkeit — Abg. Wagner: Immer!)

Die Militärregierung hat nämlich eine Untersuchung angeordnet, und es sind uns einige Tatsachen bekannt geworden, die sich aus dieser Untersuchung ergeben haben und die auch den Hessischen Landtag veranlassen müßten, die Dinge in aller Öffentlichkeit so darzustellen, wie sie sind, die den Hessischen Landtag veranlassen müßten, von Dietz abzurücken.

(Zuruf des Abgeordneten Wagner)

— Nachdem unser Antrag, Herr Kollege Wagner, auch von Ihrer Fraktion abgelehnt worden ist, schreibt jetzt die Presse Ihrer Partei, Herr Kollege Wagner, auf Grund der angestellten Untersuchung sei jetzt festgestellt, was führende Sozialdemokraten schon seit jeher gewußt hätten: daß Dietz kein ordnungsgemäßer Kaufmann gewesen sei.

(Abg. Wagner: In welcher Parteipresse steht das?)

— In Ihrer Parteipresse, Herr Kollege Wagner, und zwar — ich kann nichts dazu, wenn Sie selber Ihre Parteipresse nicht lesen — in dem Mitteilungsblatt der SPD vom 8. Oktober 1948. Der betreffende Aufsatz ist überschrieben: „Fall Dietz — 2. Akt". Ich bitte Sie, den zweiten Absatz einmal nachzulesen. Ich nehme an, daß Ihnen dann, wenn auch etwas spät, die Erkenntnis kommt, daß Sie nun zumindest heute unserem Antrage zustimmen, und daß auch Ihre Fraktion, die ja doch die Sauberkeit in der Verwaltung anstrebt, heute mit dafür eintreten wird, daß diese Angelegenheit nun endlich vor einem Untersuchungsausschuß des Landtags geklärt wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur nebenbei darauf verweisen, obgleich das mit dem jetzt zur Beratung stehenden Antrage nicht im Zusammenhang steht, daß Sie (zur SPD) vorhin erklärt haben, daß Sie für die Schulgeldfreiheit eintreten. Vor acht Tagen noch aber haben die Vertreter Ihrer Fraktion im Kulturpolitischen Ausschuß mit das Gegenteil beschlossen.

Auf Grund der von der Militärregierung angestellten Untersuchung ist nunmehr festgestellt worden, daß Herr Dietz, dieses „beste Pferd im Stall", durch seine Importhandelsgesellschaft, die er mit 120 000 Reichsmark Grundkapital gründete, schon nach zwei Jahren einen Reingewinn von 800 000 Reichsmark erzielt hat.

(Abg. Dr. Steinmetz: Woher haben Sie denn diese Unterlagen?)

— Die Unterlagen sind allen bekannt. Ich beziehe mich sogar auf die Mitteilung des SPD-Mitteilungsblattes. Danach ist unwidersprochen festgestellt, Herr Abgeordneter Steinmetz, daß diese Gesellschaft schon neunzehn Tage nach ihrer Gründung dem Hessischen Staate gegenüber mit 5 Millionen Reichsmark verschuldet war.

(Abg. Fisch: Eine Kleinigkeit!)

Es wäre vielleicht ganz interessant, wenn in dieser Angelegenheit auch der ehemalige Stabsintendant Hecker, der Freund des Herrn Dietz einmal vernommen würde.

(Abg. Dr. Steinmetz: Schade, daß Herr Hecker kein Ritterkreuzträger ist; dann wäre er Polizeipräsident geworden!)

Vielleicht wäre es auch zweckmäßig, Herr Abg. Steinmetz, wenn der Herr Ernährungsminister uns einige Mitteilungen machen würde in bezug auf die Stützungsgelder der Zuckerfabrik Wetterau.

Tatsache ist jedenfalls, daß diese von Herrn Dietz gegründete Handelsgesellschaft zirka 20 Millionen RM Staatsgelder für sich verwendet hat, die ihr als Betriebskapital gedient haben und für die sie nicht einen einzigen Pfennig Zinsen gezahlt hat.

(Abg. Göbel-Ffm.: Sie sind ja sehr genau unterrichtet!)

Am 17. Juni 1948, also 48 Stunden vor der Währungsreform, hat Herr Dietz diesen Betrag zurückgezahlt.

(Abg. Dr. Steinmetz: Herr Dietz hat ihn zurückgezahlt?)

— Seine Handelsgesellschaft hat ihn zurückgezahlt!

Tatsache ist ferner, daß einen Tag nach der Währungsreform diese Handelsgesellschaft ein Warenlager im Werte von 8,6 Millionen D-Mark besessen hat.

(Abg. Müller: Das sind keine Währungsgewinne!)

— Nein, das sind „keine" Währungsgewinne!

Interessant ist ferner, daß die Untersuchung ergeben hat, daß diese Handelsgesellschaft schon seit 1945 ihre Geschäfte gemacht, daß sie aber erst im Mai 1947 die Lizenz erhalten hat.

Man hat bisher immer behauptet, daß es sich bei dem Material, das wir der Öffentlichkeit unterbreitet haben, um weiter nichts handele als um eine kommunistische Mache. Jetzt aber stellt sich heraus, daß unsere Behauptungen tatsächlich der Wahrheit entsprechen. Wir halten es eigentlich für eine Selbstverständlichkeit, daß der Hessische Landtag daran interessiert ist, daß die Dinge bis ins einzelne aufgeklärt werden. Wir verlangen deshalb in unserem Antrage, daß das von der Regierung unter Leitung des Justizministers auf Grund der angestellten Untersuchung zusammengetragene Material dem Landtage bekanntgegeben wird. Wir fordern ferner, daß der Untersuchungsausschuß, der auf unseren Antrag hin eingesetzt worden ist, erneut zusammentritt, um die von uns erhobenen Anschuldigungen zu überprüfen. Und schließlich verlangen wir, daß aus dem Untersuchungsergebnis die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen werden. Wir müssen mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir es für unmöglich halten, daß der Landtag zu einer solchen Angelegenheit — ich möchte besser sagen: zu einem solchen Skandal — schweigt. Wenn Herr Dietz Ihr Parteigenosse ist, Herr Abg. Dr. Steinmetz,

(Abg. Dr. Steinmetz: Das ist er aber nicht! — Abg. Fisch: Aber Schützling Nummer 1!)

dann darf Sie das nicht abhalten, auch hier mit aller Offenheit die Wahrheit zu suchen und behilflich zu sein, daß unser Land Hessen von einer solchen Eiterbeule befreit wird.

II. Vizepräsident **Kredel:**

Das Wort hat der Herr Vertreter des Landespersonalamts.

Vertreter des Landespersonalamts, **Professor Drath:**

Meine Damen und Herren! Ich habe auf den Dringlichkeitsantrag zu antworten, soweit er im Punkt 1 den Herrn Direktor des Landespersonalamts betrifft. Der Herr Direktor des Landespersonalamts hatte nach dem hessischen Beamtengesetz das förmliche Dienststrafverfahren einzuleiten, und er hat das am 4. März 1948 getan. Der Untersuchungsführer, der von ihm bestellt worden ist, hat seinen Untersuchungsbericht am 9. April vorgelegt. Damit war nach dem Dafürhalten des Herrn

Prof. Drath

Direktors des Landespersonalamts die Sache tatsächlich entscheidungsreif. Es entstanden aber rechtliche Schwierigkeiten, und zwar durch die Verabschiedung des Änderungsgesetzes zum Beamtengesetz, das von diesem Hohen Hause am 24. März 1948 angenommen worden ist. Mit diesem Gesetz wurde der § 31 abgeändert. Es entfiel damit jede Zuständigkeit des Direktors des Landespersonalamts als Einleitungsbehörde, wie auch als entscheidende Stelle. Dieses Änderungsgesetz bestimmt im § 22 Absatz 3, daß es mit Rückwirkung vom 1. April 1948 in Kraft tritt. Hätte der Herr Direktor des Landespersonalamts irgendetwas in dieser Sache veranlaßt, so wären diese seine Maßnahmen rückwirkend nichtig gewesen. Dies ergibt sich aus den Bestimmungen des § 22, nach dem nämlich bestimmte Entscheidungen, die vor der Verkündung dieses Änderungsgesetzes von Verwaltungsbehörden, die bisher zuständig waren, getroffen wurden, aufrechterhalten werden, nämlich Entscheidungen zugunsten des Beamten, nicht aber andere Entscheidungen. Zweifelsfrei wäre diese Entscheidung, die der Herr Direktor des Landespersonalamts getroffen hätte, nicht mehr aufrechterhalten worden, sondern rückwirkend in Wegfall gekommen. Die nach dem Änderungsgesetz zuständige Stelle hätte nunmehr erneut entscheiden müssen. Bei dieser Sachlage war es selbstverständlich, daß zunächst abgewartet werden mußte, ob die Militärregierung dieses Änderungsgesetz genehmigte. Erst dann konnte weiter vorgegangen werden. Es kam noch hinzu, daß nach dem bisherigen § 31 der Direktor des Landespersonalamts unglücklicherweise zwei Funktionen in einer Person vereinigte. Er war einmal Einleitungsbehörde und zugleich entscheidender Einzelrichter. Das war keine sehr glückliche Lösung. Das hat uns ebenfalls mit veranlaßt, von jeder weiteren Maßnahme abzusehen und zunächst abzuwarten, ob das Gesetz genehmigt und verkündet würde. Eine Absage an die Stelle, die nach dem Änderungsgesetz neu zuständig gewesen wäre, war sinnlos; denn auch diese Stelle konnte nichts tun, da sie vor der Verkündung des Gesetzes ihrerseits noch nicht zuständig war. Dann wurde nach einem längeren Zeitverlust dieses Änderungsgesetz genehmigt und veröffentlicht. Damit stand fest, daß der bisherige Zustand in folgender Weise weiterging: Als Einleitungsbehörde war die oberste Dienstbehörde, der Herr Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, zuständig. Als entscheidende Stelle kam nunmehr die Dienststrafkammer in Betracht, die bei dem Verwaltungsgericht in Wiesbaden zu bilden war. Die letztere mußte also erst gebildet werden. Infolgedessen waren die Akten zweckmäßigerweise an den Herrn Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten abzugeben. Zuvor beabsichtigte der Herr Direktor des Landespersonalamts, die umfangreichen Akten, die fast 700 Seiten und einige sechs oder sieben Beiakten umfassen, von dem bisherigen Sachbearbeiter noch einmal durcharbeiten zu lassen, um den roten Faden herauszuarbeiten. Hierzu ist es aber nicht mehr gekommen. Die Akten sind Anfang Juni an den Herrn Landwirtschaftsminister abgegeben worden. Der Direktor des Landespersonalamts war seit dem 1. April 1948 in dieser Angelegenheit nicht mehr zuständig und hatte nichts mehr zu berichten. Er hat infolgedessen auch keinen Bericht zurückgehalten.

I. Vizepräsident **Dr. Raabe:**

Das Wort hat Herr Minister Lorberg.

Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, **Lorberg:**

Meine Damen und Herren! Wenn über den Fall Dietz bereits so viel im Land umhergegangen ist, dann möchte ich an dieser Stelle erklären, daß das Land Hessen durch den Herrn Dietz von meiner Seite aus finanziell keinen Nachteil erlitten hat. Ich möchte aber auch an dieser Stelle einmal sagen, daß ich seinerzeit nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 persönlich dabei war, als Major Bertramson von der Militärregierung in Frankfurt diese sogenannte Importhandelsgesellschaft verlangt hat und damals sogar verlangte, daß nur ein Mann diese Gesellschaft inne haben sollte. Als nun mir als Ressortminister die Durchführung des Untersuchungsverfahrens übertragen wurde, habe ich das Aktenmaterial noch einmal durchgelesen und überprüft und habe einen Juristen darangesetzt, der etwa 14 Tage brauchte, um festzustellen, daß nun die Sache dem Strafgerichtshof übergeben werden müßte, der aber noch nicht bestand. Inzwischen erklärte mir Herr Dietz Anfang Juli, daß er es jetzt müde sei, noch länger zu warten und daß er seiner eigenen Wirtschaft nicht nachgehen könne. Da habe ich in seinen Abschied eingewilligt. Herr Dietz hat seit Juli kein Gehalt mehr bekommen.

(Zuruf: Dann kommt er ins Armenhaus!)

Wenn Herr Abg. Keil auch hier die Zuckerfabrik Friedberg erwähnt, dann möchte ich antworten, daß das sehr nett ist, was in der KPD-Zeitung stand. Aber ich erkläre aus reinem Gewissen, daß ich mit Dietz im Zusammenhang mit der Zuckerfabrik Friedberg nichts zu tun habe. Wenn ich seit zwanzig Jahren in dem Vorstand der Zuckerfabrik sitze, an die ich meine Zuckerrüben abliefere, dann mag Herr Keil das ruhig zur Kenntnis nehmen. Ich habe durch Ablieferung von Zuckerrüben nur dazu beigetragen, daß die Versorgung dreier Städte von der Größe Bad Nauheims mit Zucker sichergestellt war. Das ist meine Tätigkeit in der Zuckerfabrik Friedberg.

Das Verfahren gegen Herrn Dietz ist eingestellt worden.

II. Vizepräsident **Kredel:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Wagner.

Abg. **Wagner** (SPD):

Meine Damen und Herren! Der Fall Dietz beschäftigt uns jetzt zum sechsten oder siebenten Male. Der Kaffee wird dadurch nicht besser, daß er immer wieder aufgewärmt wird. Wenn er jetzt zum fünften Male aufgewärmt wird, ist er einem beinahe über. Der Fall Dietz jedenfalls ist uns über. Daß er uns über ist, ist darauf zurückzuführen, daß er nicht mehr aktuell ist. Es ist darauf zurückzuführen, daß Herr Dietz inzwischen entlassen wurde. Er hat seinen Abschied genommen. Gegen entlassene Beamten oder Angestellte kann nach den allgemeinen beamtenrechtlichen Grundsätzen kein Disziplinarverfahren eröffnet werden. Wir haben dem Tatbestande, wie er sich jetzt ergeben hat: daß ein öffentliches Gericht sich mit diesen Dingen beschäftigt, nichts hinzuzusetzen. Wir hoffen, daß Herr Dietz, wenn er sich vergangen hat, seiner gerechten Strafe nicht entgehen wird.

Aber darum handelt es sich ja gar nicht, Meine Damen und Herren! Ich will Herrn Dietz gar nicht in Schutz nehmen. Er scheint mir eine Persönlichkeit zu sein. Er scheint überdurchschnittlich begabt zu sein. Aber ich möchte mit Schiller sagen: „Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte".

Die Person Dietz interessiert uns nicht. Uns interessiert nur — und das ist entscheidend —, ob eine Persönlichkeit wie Dietz, die inzwischen aus dem Dienste

geschieden ist, unserer Ernährungswirtschaft noch irgendwelche Nachteile oder Vorteile bringen kann. Alles andere hat damit nichts zu tun. Was er als Beamter oder Angestellter getan hat, wäre nachzuprüfen gewesen zu einer Zeit, die vor dem 1. Juli lag. Wir haben uns als Partei, das möchte ich sagen, auf den Standpunkt gestellt: Es soll jetzt nichts mehr nachgeprüft werden.

(Abg. Fisch: Und wer hat seinerzeit den Untersuchungsausschuß auffliegen lassen?)

— Weil Sie mit dem Untersuchungsausschuß nicht der Wahrheit dienen wollten, Herr Abg. Fisch. Sie wollten nur Ihre politischen Geschäfte machen. Nur darauf ging Ihr Antrag hinaus. Es ist doch Ihr alter Kniff. Ich möchte beinahe sagen, wenn ich an den Komparativ denke: Es ist fast ein Fall Gniffke.

(Abg. Fisch: Den schenken wir Ihnen!)

Es ist immer Ihr Kniff, den Sie hier vorzaubern, um Leute zu verdächtigen. Ich habe keine Veranlassung, den Landwirtschaftsminister in Schutz zu nehmen. Aber solche Dinge an den Haaren herbeizuziehen wie diese Zuckerfabrik, an die der Minister seine Zuckerrüben liefert, und sie in Verbindung mit dem Fall Dietz zu bringen, um so den Anschein zu erwecken, als ob Minister Lorberg auch schmutzige Finger hätte, das ist ein Unterfangen, das wir als politisch unfair bezeichnen.

(Starker Beifall bei SPD, CDU und LDP)

Ich habe den Fall Gniffke erwähnt. Ich könnte noch mehrere Fälle erwähnen. Bitte, kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür! Es ist in dieser schweren Zeit keine staatsaufbauende Haltung, wenn Sie mit Ihrer Agitation Leute verdächtigen wie den Minister Lorberg, die alles andere als eine solche Verdächtigung verdient haben.

(Abg. Fisch: Ihr Parteiblatt schreibt etwas anderes!)

— Zur Parteipresse will ich Ihnen das eine sagen: Unsere Parteipresse ist nicht totalitär ausgerichtet wie die Ihre; sie erhält keine Befehle von oben; sie kann schreiben was sie will. Ich identifiziere mich noch lange nicht mit dem, was sie schreibt.

(Abg. Keil: Sie machen Agitation!)

Unsere Leute können schreiben, was sie wollen; manchmal glaube ich es, manchmal glaube ich es nicht; diesmal habe ich es nicht geglaubt. Wir sind nicht so dumm, um all das zu glauben, was ein Zeitungsschreiber schreibt.

(Abg. Fisch: Für die Agitation ist das alles gut genug!)

— Wenn Sie von Agitation sprechen — Ihre ganze politische Tätigkeit besteht ja nur aus ganz erbärmlicher Agitation!

Wir sind aus all diesen Erwägungen, weil es sich hier nicht um eine sachliche Forderung handelt, nicht um die Klarstellung der Dinge, nicht dafür, daß der Untersuchungsausschuß noch einmal in Tätigkeit tritt.

(Abg. Keil: Sie sind nicht dafür!)

— Wir sind aber dafür, daß jede Partei erst einmal ihre schmutzige Wäsche bei sich selber waschen soll.

(Beifall bei der SPD und CDU)

I. Vizepräsident **Dr. Raabe:**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Steinmetz.

Abg. **Dr. Steinmetz** (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich stimme dem Herrn Abg. Wagner zu, daß es einem über ist, hier wieder über den Fall Dietz zu sprechen. Die Gründe hat der Fraktionsvorsitzende der SPD in aller Klarheit dargelegt; ich kann das, was er ausgeführt hat, nur bestätigen. Es ist einfach nicht mehr mit anzusehen, wie eine Partei, die sich eine demokratische nennt, versucht, Männer, die in der schwierigsten Zeit sich Verdienste um die Allgemeinheit erworben haben, am laufenden Bande schlecht zu machen. Was haben die Behauptungen und Fragen des Herrn Kollegen Keil wegen der Importhandelsgesellschaft mit dem Leiter des Landesernährungsamtes zu tun? Herr Minister Lorberg hat Ihnen (zur KPD) in aller Klarheit gesagt, warum und weshalb überhaupt diese Importhandelsgesellschaft gegründet werden mußte. Es steht fest, daß die dafür zuständigen Dienststellen ihre Pflicht in bezug auf Herrn Dietz getan haben. Der Direktor des Landespersonalamtes hat das Strafverfahren eingeleitet, und der Herr Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten hat es zu Ende geführt. Und wenn Herr Dietz in der Zwischenzeit aus dem hessischen Dienst ausgeschieden ist, so glaube ich, um mit den Worten des Herrn Keil oder des Herrn Fisch zu reden, daß der „Schützling Nr. 1" in diesen beiden Jahren im Interesse des Volkes mehr geleistet hat, als gewisse Provokateure unserer Bevölkerung.

(Abg. Fisch: Es fragt sich nur, in welche Tasche!)

— In die Mägen unserer 4 Millionen hessischer Einwohner, meine Herren von der KPD!

(Abg. Fisch: Das ist auch Agitation!)

— Das ist keine Agitation, sondern eine Tatsache. Wir haben keine Veranlassung, uns über dieses Thema weiter mit den Herren der Kommunistischen Partei herumzuschlagen.

Die Fraktion der KPD spricht in Ihrem Antrag davon, daß auf Grund der von den amerikanischen Behörden durchgeführten Untersuchungen dieses und jenes feststehe. Vielleicht können Sie (zur KPD) uns einmal deutlich erklären, wo diese Unterlagen zu finden sind und wann die Amerikaner diese Unterlagen an eine deutsche Dienststelle gegeben haben.

(Abg. Fisch: An die Presse zum Beispiel; unwidersprochen!)

Ich kann auf weitere Ausführungen verzichten, nachdem der Fraktionsvorsitzende der SPD ganz eindeutig zu dem Problem Stellung genommen hat. Es steht fest, daß keine Dienststelle im hessischen Staatsministerium sich irgendeiner Unterlassung schuldig gemacht hat und daß keiner der Parteivertreter etwas zu vertuschen hat. Wir müssen unmißverständlich feststellen, daß nach Abschluß der Untersuchung Herrn Dietz als Bediensteten des Landes Hessen keine Verfehlung nachzuweisen ist, und wir haben, auch wenn Herr Dietz nicht Mitglied der CDU ist, allen Grund, noch einmal herauszustellen, daß er in zwei schwierigen Jahren seine Pflicht und Schuldigkeit im Interesse des hessischen Volkes getan hat.

(Beifall bei der CDU)

Abg. **Fisch:** (KPD):

Meine Damen und Herren! Es kommt mir sehr eigenartig vor, daß einige Herren hier so aufgeregt tun. Wenn der Fall so klar wäre, wie Sie sagen, Herr Kollege Wagner und Herr Kollege Dr. Steinmetz, dann hätten Sie ihre Aufgabe zur Verteidigung des ehrenwerten Herrn Dietz doch viel leichter erfüllen können, indem Sie sich einfach auf Tatbestände stützen.

(Abg. Stieler: Das müssen Sie doch den Rednern überlassen!)

Aber Sie haben versucht, den Spieß herumzudrehen und uns Agitationsabsichten in die Schuhe zu schieben,

Fisch

während Sie nichts anderes tun, als Agitation zu betreiben.

(Abg. Dr. Steinmetz: Das wissen bereits alle Leute! — Abg. Wagner: Was wollen Sie denn mit diesem Antrag, wenn es keine Agitation ist?)

— Herr Kollege Wagner, wir haben schon vor längerer Zeit einen Antrag hier in diesem Hause gestellt, der lautete, es möge aus der Mitte des Hauses heraus ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß gebildet werden, der die Vorwürfe, die gegen Dietz erhoben worden sind, vor aller Öffentlichkeit einer sachlichen Prüfung unterzieht. Ich glaube, daß man einen solchen Antrag nicht als Agitationsantrag bezeichnen kann, denn wenn es so wäre, wie Sie sagen, ...

(Abg. Wagner: Warum ist er denn abgelehnt worden?)

Wenn nur ein Agitationsbedürfnis und nicht reale Tatsachen hinter diesem Antrag stünden, dann hätten Sie ja leichte Arbeit gehabt, uns der reinen Agitation in diesem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu überführen.

(Abg. Wagner: Ich bitte ums Wort!)

Ich erinnere aber an eines: Wir hatten Ende Februar oder Anfang März hier am Abend eines langen Sitzungstages eine etwa dreiviertelstündige Geschäftsordnungsdebatte, die sich nur darum drehte: Wie kann man der Anregung des Kollegen Dr. Kanka folgen und, gestützt auf Artikel 36 der Geschäftsordnung, diesen Untersuchungsausschuß des Hessischen Landtags zum Erliegen bringen. Wie kann man das tun, gestützt auf irgendwelche juristische Tüftelei? Und wenn ich mich recht erinnere, war es Herr Kollege Bleek, der zweifellos nicht der Fraktion der KPD angehört, der zum Schluß dieser blamablen Debatte über Geschäftsordnungsfragen sagte: Wenn das Volk draußen im Lande Zeuge dieser Debatte sein könnte, die sich hier nun dreiviertel Stunden lang abspielt, es würde seiner Empörung Ausdruck geben über das, was man hier für gut und billig findet.

(Abg. Dr. Steinmetz: Das hat es ja auch bei den letzten Wahlen getan! — Heiterkeit bei der CDU)

— Nun gut ich habe hier nicht darüber zu urteilen, ob das draußen auch gesagt worden ist und wie es gesagt worden ist. Jedenfalls waren sich alle Teilnehmer der Sitzung im klaren, daß hier eine peinliche Affäre abgerollt ist, die so verlief, wie es bestimmte Freunde und Schutzpatrone des Herrn Dietz gern haben wollten. Es tut mir außerordentlich leid, Kollege Wagner, daß Sie hier mit in die Debatte hineingezogen worden sind. Wir hätten vielleicht gar keine Ursache dazu gehabt, wenn nicht Herr Minister Häring seinerzeit eine so entschiedene Attacke für Dietz geritten hätte und wenn nicht Ihre Partei in der Person des Kollegen Bodenbender der Spitzenreiter im Ernährungsausschuß dafür gewesen wäre, diesen Untersuchungsausschuß schließlich zum Erliegen zu bringen. Es ist nicht unsere Schuld, daß Sie sich so lange schützend vor Dietz gestellt haben. Und wenn Sie nun sagen: Mich geht das nichts an, was meine Parteipresse schreibt; da kann jeder schreiben was er will, so möchte ich doch sagen: Das ist kein glückliches Argument in einer so ernsten Frage, wo die Sauberkeit eines Staatsbeamten oder ehemaligen Staatsbeamten zur Debatte steht. Sie haben in Ihrem Parteimitteilungsblatt in bezug auf die Angelegenheit Dietz klar die Worte gebraucht „Mißbrauch der Verwaltung", „Minister Lorberg schweigt", und dieser Satz „Minister Lorberg schweigt" ist bestimmt keine Anerkennung gegenüber dem Koalitionspartner, sondern es ist ein Vorwurf. Ich sehe also nicht ein, wie sich Ihre heutige Rede, in der Sie glauben, Minister Lorberg in Schutz nehmen zu müssen, mit der offiziösen Stellungnahme ihres Parteimitteilungsblattes verträgt.

(Abg. Wagner: Ich habe ihn in Schutz genommen, weil Sie ihn in ganz andere Dinge hineingezerrt haben. Verdrehen Sie doch die Sache nicht!)

Ich glaube, das ist kein Grund zur Aufregung.

(Abg. Wagner: Die absichtlichen Lügereien — Verzeihung: Unwahrheiten; ich nehme das Wort zurück — verursachen Aufregung!)

Ich möchte nur bitten, wenn in Ihrer Presse nach Ihrer Meinung eine den Tatsachen nicht entsprechende Darstellung gegeben worden ist, wie Sie das vorhin offensichtlich in bezug auf Ihr Mitteilungsblatt vom 8. Oktober getan haben, und wenn in Ihrer Partei absolute Meinungsfreiheit herrscht, dann schlage ich Ihnen vor, in der nächsten Nummer Ihres Mitteilungsblattes eine Entgegnung zum Fall Dietz zu bringen, in der Sie das sagen, was Sie hier gesagt haben. Vielleicht nehmen Sie dazu das amtliche Protokoll, das Ihnen in einigen Tagen wohl zur Verfügung stehen wird,

(Abg. Wagner: Jawohl, Herr Fisch. Ich erwarte von Ihnen Vorschläge!)

und dann gehen Sie in Ihre Wahlversammlungen und sagen dort: Das und das habe ich, der Fraktionsvorsitzende der SPD, zum Fall Dietz zu sagen. Dann wollen wir sehen, was Ihnen Ihre Wähler zur Antwort geben.

Wir wollen kein allzu großes Vertrauen in irgendeinen neuen, Untersuchungsausschuß dokumentieren, in dem die Juristen dominieren. Wir verlangen nur eines: daß der damals auf peinliche Art und Weise zum Ersterben gebrachte parlamentarische Untersuchungsausschuß wieder gebildet wird, weil aller Anlaß besteht, daß sich das vom hessischen Volk gewählte Parlament mit der Amtstätigkeit eines hohen Beamten in der Vergangenheit beschäftigt. Wenn es so ist, wie Sie glauben, daß die positiven Leistungen des Herrn Dietz seine negativen überwiegen, dann wird sich das klar herausstellen. Wir wollen aber in einer solchen Sache, wo es sich um Millionenbeträge handelt, wo der Vorwurf unwidersprochen erhoben worden ist, daß ein führender Mann der Verwaltung seine Privatinteressen in unsauberer Weise mit seinen Staatsfunktionen verkoppelt hat, daß das Volk darüber einen Rechenschaftsbericht erhält, und daß Dietz auch durch dieses Hohe Haus seine gerechte Verurteilung erfährt, die auch insoweit erfolgen soll, daß jegliche Zahlung aus der Staatskasse für Pension oder andere Leistungen unterbunden wird. Das ist es, was wir verlangen, und ich denke das ist eine klare Forderung, gegenüber der es nur ein Ja oder Nein und keine künstliche Aufregung geben kann.

(Beifall bei der KPD)

Abg. **Bleek** (LDP):

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Fisch hat, ohne daß ich ihm widersprach oder daß er sonst irgendwie Widerspruch aus dem Hause erfahren hat, festgestellt, daß ich nicht Mitglied der Fraktion der KPD bin. Ich möchte deshalb den Herrn Präsidenten aus Loyalitätsgründen bitten, das, was ich sage, nicht auf die Redezeit der Kommunistischen Fraktion anzurechnen. Auf der anderen Seite habe ich doch feststellen können, daß ein gewisses Fluidum der politischen Meinungen von der einen Fraktion auf die andere insofern unverkennbar ist, als die Ausführungen des Herrn Kollegen Wagner über die Beurteilung seiner Parteipresse ein ungeheures Maß von liberaler Gesinnung zutage treten lassen.

(Heiterkeit)

Zur Sache selbst! Wir haben uns nicht in diesen ja immerhin ganz interessanten Streit zwischen den Par-

eien der Regierungskoalition und der Fraktion der PD einzumischen. Wir sind der Auffassung, daß das, as die beamtenrechtliche und die disziplinarische Seite er Angelegenheit angeht, mit dem Ausscheiden des errn Dietz aus dem Staatsdienst seine Erledigung efunden hat. Infolgedessen erscheint es uns immerhin weifelhaft, ob unter diesem Gesichtspunkt eine Weierverfolgung der Angelegenheit durch einen Unterchungsausschuß noch notwendig ist. Das besagt aber icht, daß das Interesse, das die Öffentlichkeit mit echt an dieser Angelegenheit genommen hat und das ir mit Recht auch noch in dem einem oder anderen unkt weiter zu bestehen scheint, es nicht erfordere, un einmal klarzustellen, ob schon irgendwelche strafechtlichen Verfehlungen vorgekommen sind. Das steht uf einem anderen Blatt. Wir nehmen an, daß die taatsregierung dieser Seite der Angelegenheit ihre ufmerksamkeit zuwendet.

bg. **Bodenbender** (SPD) — persönliche Bemerkung —:

Meine Damen und Herren! Die Äußerung des Kolleen Fisch, daß ich Spizenreiter im Ernährungsausschuß ewesen sei, veranlaßt mich, folgende Erklärung abzueben: Wenn ich Spitzenreiter gewesen sein soll, dann üßte ich ja immerhin Spitzenleistungen vollbracht aben, und eine solche Spitzenleistung war es allerings, eine reale Rechtsgrundlage herzustellen in dem ugenblick, wo ein Untersuchungsausschuß kein Recht at, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Allein n dieser nackten Tatsache ist es gescheitert, daß der ntersuchungsausschuß tätig werden konnte. Ich will so nur erklären: Es ist mir viel lieber, ein Spitzenreiter für reale Tatsachen zu sein, als daß ich mir den orwurf machen müßte, ein Spitzenreiter demagoischer Phraseologie zu sein.

(Abg. Stieler: Bitte Abstimmung!)

Vizepräsident **Dr. Raabe:**

Die Aussprache ist geschlossen; wir kommen zur bstimmung. Ich bitte die Damen und Herren, die für en Antrag der Fraktion der KPD, Drucksache Abt. 1 r. 948, stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Der ntrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu **Punkt 16** der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der LDP betreffend Aufhebung des Arbeitsverpflichtungsgesetzes vom 26. Juni 1947 (GVBl. 47 S. 69)

— Drucksache Abt. I Nr. 949 —

m Ältestenrat ist die Überweisung an den zuständigen usschuß beschlossen worden. Es erhebt sich dagegen ein Widerspruch. Das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen zu **Punkt 17** der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der KPD betreffend Herabsetzung der Eintrittspreise der hessischen Staatstheater

— Drucksache Abt. I Nr. 950 —

Das Wort zur Begründung hat Herr Abg. Krüger.

bg. **Krüger** (KPD):

Meine Damen und Herren! Sie werden bereits benerkt haben, daß nach der Währungsreform der Besuch nsbesondere der Staatstheater zurückgegangen ist. leich nach der Währungsreform oder in den ersten Wochen danach wurde von seiten der Intendanten der taatstheater dieser Erscheinung Rechnung getragen nd die Preise etwas ermäßigt. Vor einigen Wochen vurden die Preise auf eine Höhe festgelegt, die nicht ehr der den Einkommensverhältnissen der breiten Massen entspricht. Ich habe die Eintrittspreise der Staatstheater in Wiesbaden vor mir liegen. Bei Oper und Operette ist der geringste Eintrittspreis 2,10 DM, der höchste 8,10 DM. Es ergibt sich also ein Durchschnittspreis von 5—6 DM. Wenn Sie ins Theater gehen, müssen Sie feststellen, daß auch bei gutem Programm und guter Besetzung nur 50 bis 60 Prozent der zur Verfügung stehenden Plätze besetzt sind. Dies ist keine Einzelerscheinung, sondern man kann das allgemein feststellen. Wir sind der Meinung, daß man den Zwecken des Theaters mehr dient, wenn man die Eintrittspreise so festlegt, daß es auch dem kleinen Mann ermöglicht wird, diese Kulturstätte zu besuchen.

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, damit einverstanden zu sein, daß unser Antrag dem Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen und dort geprüft wird, inwieweit unserem Wunsche, dem Wunsche der breiten Masse draußen, Rechnung getragen werden kann.

I. Vizepräsident **Dr. Raabe:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Minister für Kultus und Unterricht Dr. Stein.

Minister für Kultus und Unterricht **Dr. Stein:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Eintrittspreise der staatlichen Bühnen in Hessen sind seit 1945 im Vergleich zu den Eintrittspreisen anderer deutscher Kulturbühnen und zu den Vorkriegspreisen verhältnismäßig bescheiden angesetzt. Bei der Preisgestaltung wurde von vornherein dafür gesorgt, daß eine beträchtliche Zahl der Plätzen auch für weniger bemittelte Besucher bereitsteht.

Das Ministerium ist sich bewußt, daß trotzdem viele minderbemittelte Interessenten heute nicht in der Lage sind, die Theater zu besuchen. Es hatte deshalb schon vor der Währungsreform eine Revision der gesamten Eintrittspreise ins Auge gefaßt. Durch die Währungsreform sind dem Bestreben, die Eintrittspreise zu verbilligen, leider bestimmte Grenzen gesetzt worden. Das Währungsgesetz erfordert bekanntlich den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben. Zugleich hat die Währungsreform die Kaufkraft des Publikums noch weiter geschwächt. Der dadurch entstandene Einnahmenausfall konnte, da eine Erhöhung der Zuschüsse nicht möglich ist, nur durch rigorose Herabsetzung der Ausgaben erreicht werden. Die Ausgaben sind in der Zwischenzeit im Haushalt der drei staatlichen Bühnen Hessens um 1,2 Millionen DM herabgesetzt worden. Diese Kürzung reicht aber noch nicht aus, um den Einnahmenausfall wettzumachen. Eine weitere Kürzung der Ausgaben würde die Leistungsfähigkeit der Bühnen in unverantwortlichem Außmaß herabsetzen. Es muß deshalb darauf geachtet werden, daß die Gesamteinnahmen nicht noch weiter sinken.

Trotzdem bemüht sich das Ministerium, eine Staffelung der Tagespreise zu finden, die den heutigen sozialen Verhältnissen Rechnung trägt. Die Zahl der Plätze zu mittleren und niederen Preisen wird erhöht werden, soweit die geforderte wirtschaftliche und künstlerische Leistungsfähigkeit der Bühnen das gestattet. Die beabsichtigte Neuordnung der einzelnen Platzkategorien und Preise wird voraussichtlich Anfang Dezember dieses Jahres in Kraft treten. Schon seit Beginn der Spielzeit 1948/49 — also seit Anfang September — wird ein Fünftel der in den Bühnenhäusern vorhandenen Plätze an bestimmte Kreise bedürftiger Theaterbesucher zu erheblich verbilligten Preisen verkauft. Schwerbeschädigte der Stufen III und IV erhalten für ihre Person Eintrittskarten zum halben Preis. Sozialrentner mit Ausweis sowie geschlossene Schülerklassen und Jugendverbände erhalten Plätze

Minister Dr. Stein

zum Vorzugspreis von 0,50 bis 1,50 DM. Für soziale Organisationen: Gewerkschaften, Betriebsgemeinschaften, caritative Verbände werden geschlossene Vorstellungen zu Pauschalpreisen gegeben. Der Nachlaß beträgt hier rund 30 Prozent. Für das große Publikum finden an Sonntagnachmittagen jetzt regelmäßig Vorstellungen zu kleinen Preisen statt bei einem Nachlaß von 25 Prozent.

Sobald die geplante Neuordnung der Platzkategorien und Eintrittspreise durchgeführt ist, dürfte wohl mit Einschluß der schon eingeführten Sondervergünstigungen dem Antrag der Fraktion der KPD so weit entsprochen sein, wie es unter den heutigen Verhältnissen möglich ist.

I. Vizepräsident Dr. Raabe:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Es ist beantragt, den Antrag dem Kulturpolitischen Ausschuß zu überweisen. Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 18** der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der LDP betreffend Körperbeschädigten-Leistungsgesetz

— Drucksache Abt. I Nr. 954 —

Das Wort zur Begründung hat Herr Abg. Göbel-Ffm.

Abg. **Göbel-Ffm.** (LDP):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den vielen Anträgen, die bezüglich einer Änderung des Kb-Leistungsgesetzes dem Hohen Hause vorgelegt worden sind, haben wir uns veranlaßt gesehen, auch noch diesen Antrag zu stellen, der den von Maßnahmen des Krieges betroffenen Flüchtlingen Rechnung tragen soll. Ich bin darauf aufmerksam gemacht word daß die Ziffer 5 des § 1 der Ersten Durchführungsv verordnung zum Kb-Leistungsgesetz bereits unser Wünschen Rechnung trage. Bei genauer Durchsi dieser Bestimmung müssen wir allerdings feststell daß dies nicht der Fall ist, denn wir haben au eine ganze Reihe von Flüchtlingen, die nicht a deutschen Gebieten und Umsiedlungsgebieten komm Denken wir zum Beispiel an Sudetendeutsche o sonstige Deutsche, die durch die Folgen des Krie oder durch Nachkriegsmaßnahmen in diese Schwier keiten gekommen sind, so wird es eben doch notwen sein, daß dieser Personenkreis im Gesetz erfaßt wi Wir bitten Sie, meinem Vorschlag zuzustimmen, d dieser Antrag ebenfalls wie die anderen dem Sozi politischen Ausschuß überwiesen wird, der sich zur mit der Bearbeitung all dieser Fragen und Proble befaßt.

I. Vizepräsident Dr. Raabe:

Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Haus ist dar einverstanden, daß entsprechend dem Vorschlag d Antragstellers dieser Antrag dem Sozialpolitischen Au schuß überwiesen wird.

Wir kommen zu **Punkt 19** der Tagesordnung:

Petitionen

Ich bitte das Haus, im Sinne der Ausschußberichte entscheiden. Das Haus ist damit einverstanden. Es so beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die näch Plenarsitzung ist für den 24. November vorgesehen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 13.54 Uhr)